

Ausschuss für Kultur und Medien

## **Wortprotokoll\***

### **47. Sitzung, öffentlich**

**Berlin, 19. Januar 2005, 15:30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.300**

Vorsitz: Monika Griefahn, MdB

#### TAGESORDNUNG:

**Tagesordnungspunkt 1                      S. 3**

**Gespräch zum Thema "Modelle zur Filmfinanzierung in Deutschland" mit**

- Eberhard Junkersdorf, Produzent
- Martin Moszkowicz, Produzent
- Alexander Thies, Produzent
- Andreas Schmidt, VIP Medienfonds
- Sytze van der Laan, Studio Hamburg

**Tagesordnungspunkt 2                      S. 35**

**Verschiedenes**

---

\* Redaktionell überarbeitete Bandabschrift

## Anwesenheitsliste\*

---

### Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

#### SPD

Barthel, Eckhardt  
Griefahn, Monika  
Hilbrecht, Gisela  
Krüger-Leißner, Angelika  
Kubatschka, Horst  
Tauss, Jörg

#### CDU/CSU

Blank, Renate  
Gauweiler, Dr. Peter  
Neumann, Bernd  
Nooke, Günter  
Steinbach, Erika

Oßwald, Melanie  
Stetten, Christian Freiherr von

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sowa, Ursula  
Vollmer, Dr. Antje

#### FDP

Otto, Hans-Joachim

#### Ministerien

Scharnhoop  
Horion-Vogel  
Duwe  
Hanten  
Krestan  
Hock  
Freiesleben  
Hadjidimos

BKM  
BKM  
BKM  
BKM  
BMF  
AA  
BKM  
BKM

#### Bundesrat

Hilgers  
Forst  
Dietzen  
Hockling  
Engelke  
Suermann  
Hoch  
Mysegades

LV Sachsen-Anhalt  
LV Thüringen  
LV Baden-Württemberg  
LV Bayern  
LV Hessen  
LV Mecklenburg-Vorpommern  
LV Niedersachsen

#### Fraktionen und Gruppen

Drechsler  
Gehrke  
Wemmel  
Levy  
Schaefer  
Becker-Schwering  
Friebel  
Schom  
Passek  
Kaschubowski  
Frucht

SPD  
CDU/CSU  
CDU/CSU  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
SPD  
FDP  
SPD  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
CDU/CSU

---

\*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigegefügt.

## **Tagesordnungspunkt 1**

### **Gespräch zum Thema "Modelle zur Filmfinanzierung in Deutschland"**

**Vorsitzende:** Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste, an die ich nach einigen Vorbemerkungen auch gleich das Wort weitergeben werde. Bevor wir zur eigentlichen Anhörung kommen, möchte ich den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für Kultur und Medien ein neues Gesicht, eine neue Person an meiner Seite vorstellen: Das ist Cornelia Beek, sie ist die Nachfolgerin von Gabriele Schmidt als Leiterin des Sekretariats. Einige werden sie aus der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ kennen. Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind.

Dann freue ich mich, dass ich neben den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Kultur und Medien, die heute dieses Gespräch führen wollen, auch zwei Kollegen aus dem Finanzausschuss begrüßen kann. Besonders darf ich den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Abg. Dr. Michael Meister, begrüßen und Abg. Gabriele Frechen von der SPD-Fraktion. Wir freuen uns sehr, dass wir die Diskussion gemeinsam führen können.

Schließlich habe ich noch eine Mitteilung zu machen: Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gehört nicht mehr dem Ausschuss an, dafür ist Abg. Ursula Sowa jetzt ordentliches Mitglied, sie war vorher stellvertretendes Mitglied. Als stellvertretendes Mitglied ist nachgerückt eine neue Kollegin, die viele wahrscheinlich noch gar nicht kennen, Abg. Monika Lazar.

Dann darf ich Ihnen allen ein schönes neues Jahr wünschen, Sie herzlich begrüßen und hoffen, dass wir ein gutes Jahr lang miteinander arbeiten werden und zu guten Ergebnissen kommen. Ich glaube, bei dem Stil, den wir hier pflegen, ist das garantiert. Wir haben für das Gespräch zwei Stunden vorgesehen und uns darauf verständigt, dass wir unsere Experten bitten, fünfminütige Eingangsstatements abzugeben. Wir haben keine schriftlichen Stellungnahmen eingefordert, weil wir hier nicht zu einer Anhörung, sondern zu einem Gespräch zusammengekommen sind. Danach werden wir wie gewohnt nach dem Fraktionsschlüssel, den wir sonst auch immer anwenden, zwei Fragerunden haben. Die erste Fragerunde verteilt sich mit je 15 Minuten auf SPD und CDU/CSU sowie je 5 Minuten auf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Dann werden wir mit 15 Minuten Zeit für die CDU/CSU-Fraktion beginnen und mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP mit je 5 Minuten fortfahren. Die SPD hat dann zum Schluss noch einmal 15 Minuten.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir unser Gespräch heute „Modelle zur Filmfinanzierung in Deutschland“ genannt haben. Ich sage das ganz bewusst noch einmal sehr deutlich. Wir wollen heute nicht über Filmförderung diskutieren, also nicht über das Geld, das die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien über den Haushalt zur Verfügung stellt, um Filme zu fördern. Wir wollen auch nicht über das Filmförderungsgesetz (FFG) diskutieren, das haben wir nämlich gerade im letzten Jahr novelliert. Wir wollen heute über die verschiedenen Möglichkeiten diskutieren, die die Filmfinanzierung in Deutschland verbessern helfen oder die zurzeit existieren, und fragen, wo man etwas ändern muss. Ausgangspunkt dieser ganzen Diskussion war - das haben wir ja

mehrfach immer wieder bei der Berlinale festgestellt -, dass wir alle als Steuerzahler und Bürgerinnen und Bürger Medienfonds finanzieren, die Hollywood-Filme mitfinanzieren. Wir zahlen mit, weil diese Fonds bei der Steuer abschreibungsfähig sind. Aber dem deutschen Film kommt das Geld in der Regel nicht zugute. Gleichzeitig gibt es inzwischen ganz andere Modelle der Förderung. Intensiv beschäftigt haben sich die Fraktionen mit dem Modell „Sale and lease back“. Es gibt aber auch andere Aspekte, die zur Filmfinanzierung gehören. Viele diskutieren jetzt das kanadische Modell, bei dem es um Lohnkostenzuschüsse geht. Es geht aber auch um die Frage der Verlustvorträge. Die Experten werden wir bitten, zu diesen verschiedenen Themenbereichen - Sale and lease back oder steuerliche Gesichtspunkte der Filmfinanzierung - etwas zu sagen. Dabei soll es sehr präzise um die Filmfinanzierung gehen mit dem Ziel, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten und Filme in Deutschland zu produzieren.

Ich bitte Sie herzlich, sich in Ihren Statements auf diese Thematik zu konzentrieren, denn mit anderen Aspekten des Themas „Film“ oder „Filmförderung“ befassen wir uns hier an dieser Stelle öfter. Darum geht es heute nicht. Deshalb meine Bitte, dass sich alle wirklich nur mit dem beschäftigen, was mit steuerlichen Maßnahmen im engsten und weitesten Sinne zu tun hat. Georgia Tornow, von film20, ist heute auch dabei. Sie hat uns allen das Modell Sale and lease back nahe gebracht. Wenn es an dieser Stelle noch Fragen gibt, werden wir Sie, Frau Tornow, noch einmal in Anspruch nehmen. Hier im Kreis ist dieses Modell bekannt. Von den Experten wollen wir die Vor- und Nachteile dieses und anderer Modelle hören.

Nach dieser Vorrede möchte ich unsere Experten bitten, ihr kleines Einführungsstatement zu halten. Wir wollen anschließend viel Zeit für Fragen haben. Darf ich Sie bitten zu beginnen, Herr Junkersdorf?

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Liebe Frau Griefahn, meine Damen und Herren Ausschussmitglieder, zuerst einmal herzlichen Dank dafür, dass Sie uns hier die Gelegenheit zu diesem Gespräch gegeben haben.

Zunächst möchte ich etwas über die Situation des deutschen Films im letzten Jahr sagen. 2004 war ein sehr, sehr gutes Jahr für uns in Deutschland. Wir hatten sieben Filme mit mehr als 1 Mio. Zuschauer, wir hatten insgesamt einen Marktanteil von 23,1 Prozent. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Nichtsdestotrotz drücken uns ganz erhebliche Probleme, die das Produzieren und die Rechtssicherheit innerhalb der Produktion sehr schwierig machen. Hauptsächlich geht es um den Medienerlass, über den wir schon seit einigen Jahren reden und der uns tatsächlich ganz große Schwierigkeiten macht. Ich möchte jetzt nicht im Einzelnen auf den Medienerlass eingehen, vielleicht ergibt sich dafür später noch Gelegenheit. Unser zweites sehr großes Problem ist die Begrenzung des Verlustvortrags. Über den muss man reden.

Das kann ich ganz schnell an einem Beispiel festmachen. Wenn Sie sich vorstellen, es wird ein Film hergestellt mit 4 Mio. € Herstellungskosten im ersten Jahr, das heißt, Sie haben einen Verlust von 4 Mio. €, im zweiten Jahr wird der Film ausgewertet und Sie haben dann eine Einnahme von 3 Mio. €,

das heißt, Sie dürfen aus dem Verlustjahr 1 Mio. € vortragen, so dass Sie nur noch 2 Mio. € übrig haben. Von den 2 Mio. € dürfen Sie 60 Prozent abschreiben, also 1,2 Mio. €. Das heißt, Sie müssen 800.000 € versteuern, obwohl Sie immer noch nicht im Gewinnsektor sind. Sie versteuern 800.000 €, müssen also zur Bank gehen, wenn Sie das Eigenkapital nicht haben, um die Steuern zu bezahlen. Ich halte das für eine schier unmögliche Geschichte. Es wird soweit kommen, dass in Deutschland kaum noch etwas gemacht wird.

Das nächste Problem ist das Urheberrechtsgesetz, das allerdings nur am Rande mit hineinspielt. Wir haben immer noch keine absolute Sicherheit, welche Rechte der Produzent hat, um einen Film auszuwerten. Hier sind wir, glaube ich, auf einem ganz guten Weg, aber es geht darum, Rechtssicherheit bei der Auswertung zu schaffen, mit deren Hilfe wir dem Verbraucher klar machen können, was Piraterie ist. Wo fängt sie an, wo hört sie auf? Das ist eine Geschichte, die uns sehr bedrängt.

Die nächste Geschichte ist Hartz IV. Das hat nicht direkt mit Steuern zu tun, hat aber natürlich etwas mit der Beschäftigungslage zu tun. Wir haben innerhalb und außerhalb Europas zusätzliche Tax Incentives in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Malta, Island, Isle of Man, Luxemburg, Niederlande, Ungarn, Österreich, Australien, Brasilien, Neuseeland - wo die ganz großen Filme alle hergestellt werden, wie zum Beispiel „Herr der Ringe“ - Kanada, Südafrika und USA. Uns geht es darum, Modelle zu entwickeln, die geeignet sind, die deutsche Beschäftigungslandschaft zu verbessern. Wir wollen Wachstum schaffen, und Wachstum können wir nur schaffen, wenn wir uns Tax Incentives ausdenken, die geeignet sind, leicht etabliert zu werden und geeignet sind, uns bei der Herstellung von Filmen in Europa und in Deutschland zu helfen. Das würde dazu beitragen, dass wir Leute beschäftigen können und dass die Studios ausgelastet werden. Wir sind umgeben von Ländern, die auch Studios anbieten, die viel geringere Lohnkosten haben, und wir stellen immer wieder fest, dass die Studios in Deutschland leer stehen, während Sie anderswo überfüllt sind. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Effekt abgestellt wird.

**Vorsitzende:** Danke schön, Herr Junkersdorf. Ich darf gleich weitergeben an Herrn Moszkowicz.

**Martin Moszkowicz (Produzent):** Guten Tag, vielen Dank auch von meiner Seite für die Gelegenheit, etwas zu dem ganzen Themenkomplex sagen zu dürfen. Zunächst muss man sich klarmachen, dass man sich als Produzent, wenn man heute einen Film herstellt, in einem Umfeld bewegt, in dem man eine Menge Wahlmöglichkeiten hat, weltweit. Wir haben die Situation, dass viele Filme, egal in welcher Sprache sie gedreht werden - also sowohl deutsche Filme als auch englischsprachige oder international gedrehte Filme - in verschiedenen Ländern hergestellt werden können. Das hat massive Auswirkungen auf die deutsche Filmindustrie, weil wir natürlich hier davon leben, dass Filme in Deutschland mit deutschen Mitarbeitern hergestellt werden. Wir haben, um das gleich auf den Punkt zu bringen, eine Reihe von Prämissen zusammengestellt, die wir auch in anderen Ländern vertreten, wo ich bei ähnlichen Expertenrunden Teilnehmer war: in Neuseeland zum Beispiel, jetzt im Moment in der Türkei, in Ungarn. Überall in diesen Ländern gibt es Incentives, mit denen versucht wird,

Produktionen in das jeweilige Land zu holen oder Produktionen im Land zu halten. Wir bei Constantin Film drehen im Augenblick aus ökonomischen Gründen über die Hälfte unserer Spielfilmproduktionen, unserer deutschsprachigen Produktionen, im osteuropäischen Ausland. Das ist natürlich eine sehr, sehr ungesunde Situation. Diese Filme müssten eigentlich alle in Deutschland hergestellt werden und deutschen Mitarbeitern auch Arbeit geben.

Es sind zehn prägnante Punkte, in die sich das zusammenfassen lässt, was wir erreichen wollen: Da ist zunächst einmal die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland im Produktionsbereich. Das Zweite ist die Stärkung der deutschen Mitarbeiterbasis und gleichzeitig damit verbunden die Stärkung der deutschen Sozialversicherungssysteme. Das war in vielen Ländern, zum Beispiel in Neuseeland, ein ganz wichtiger Punkt. Dort hat man Wert darauf gelegt, dass neuseeländische Mitarbeiter beschäftigt werden. Für Deutschland heißt das, dass es nicht irgendwelche Ausländer sind, die in Deutschland Filme machen. Die Planungssicherheit ist der nächste wichtige Punkt für Produzenten. Das heißt, Sie müssen wissen, wenn Sie nächstes, übernächstes oder überübernächstes Jahr nach Deutschland kommen wollen, was Sie erwarten können. Das gilt für die internationalen Produktionen, die wir versuchen, nach Deutschland zu holen und die dann eben nicht nach Prag, Budapest oder Rumänien abwandern. Der vierte Punkt ist ein Kostenpunkt. Die Transaktionskosten müssen möglichst niedrig sein, die Verwaltungskosten beim Produzenten sollten möglichst niedrig sein. Und schließlich sollten die Implementierungskosten in die öffentliche Verwaltung möglichst niedrig sein. Beim fünften Punkt geht es darum, dass in allen Ländern, in denen diese Thematik vernünftig angegangen wird, ein höherer lokaler Spend honoriert wird. Das heißt, je mehr Geld Sie in einem Land ausgeben, desto höher wird dies belohnt. Es ist wichtig, dass man sagt, wenn jemand 20 Prozent seiner Produktionskosten in Deutschland ausgibt, bekommt er weniger, als wenn er 50 Prozent ausgeben würde.

In vielen Ländern, in England zum Beispiel, hat man massiv schlechte Erfahrungen damit gemacht, dass viele dieser generierten Gelder über Mittelsmänner abgeflossen sind und nicht den Produktionen und den Mitarbeitern zur Verfügung gestanden haben. Man will versuchen - das ist der siebte Punkt - die Missbrauchsmöglichkeiten möglichst gering zu halten. In vielen Ländern hat es leider Beispiele dafür gegeben, wie Konstruktionen missbraucht worden sind. Schließlich und endlich: Es geht darum, zu vermeiden, dass die in Deutschland generierten Hilfen ins Ausland abfließen, das ist der achte Punkt. Wenn Sie die Produktionskosten eines Films in irgendeiner Art und Weise bezuschussen, dann hilft man gleichzeitig amerikanischen Stargagen. Sie würden dann automatisch die Gage von Herrn Cruise, ich sage jetzt einmal zu zehn Prozent, aus deutschem Geld finanzieren. Wenn Sie Barwertvorteile generieren, dann zahlen Sie von der Gage von Herrn Cruise bei einer Höhe von 20 Mio. Dollar 2 Mio. Dollar aus deutschen Geldern mit. Das soll möglichst verhindert werden.

Die Hilfe sollte sich auf alle Filme beziehen. Das ist der neunte Punkt. Nicht nur die Großproduktionen, nicht nur die internationalen Größen, sondern auch die lokalen kleineren Filme sollen daraus einen Vorteil haben. Und schließlich, das ist der letzte Punkt, ein etwas technischer Punkt, geht es um die

problemlose Integration in internationale Finanzierungsstrukturen. Das sind die zehn Punkte, die meiner Meinung nach wichtig sind.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich habe noch nicht Ihre favorisierte Lösung gehört, wie man diese Ziele erreichen kann. Das ist ja das, was uns interessiert. Wir sind an der Umsetzung interessiert. Aber dazu kommen wir vielleicht noch. Herr Thies, bitte.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich bin Alexander Thies. Ich nehme zum ersten Mal an so einer Runde teil, vielen Dank für die Einladung. Ich möchte mich, um das Gespräch ein bisschen zu erleichtern, zunächst vorstellen. Ich bin hineingeboren in eine Familie, die sich von Beginn an, nämlich nach der Gefangenschaft meines Vaters, mit Film und Werbung beschäftigt hat. Es ist eine Unternehmerfamilie, wir sind in zweiter Generation am Markt. Die Firma, die ich heute als geschäftsführender Gesellschafter zusammen mit meinem Bruder führen darf, ist die Neue Filmproduktion, abgekürzt NFP. Wir sind bekannt für Produkte wie die „Mainzelmännchen“, für Serien wie „Drei Damen vom Grill“ und „Bülowbogen“ und im Spielfilmbereich für „Luther“. Das war unser erster Spielfilm, den wir nicht nur selbst finanziert, entwickelt und produziert, sondern auch vermarktet haben. Vielleicht ist das mit ein Grund, warum ich hier sitze. Ich freue mich, die Gelegenheit zu einem Dialog zu haben.

Vielleicht ist es wichtig zu wissen, dass wir zu den mittelständischen Produzenten gehören. Wir sind groß geworden mit dem deutschen Fernsehsystem, das beschert Auftragsproduktionen. Das hat alles nichts mit Steuern zu tun, außer, dass wir in Berlin früher mal eine Mehrwertsteuerpräferenz hatten, die sehr viel dazu beigetragen hat, dass Berlin heute das ist, was es in Deutschland immer noch ist. Hätten wir die Mehrwertsteuerpräferenz nicht gehabt, wäre Berlin heute nicht das Zentrum der Talente. Wenn man sich anschaut, wer vor Ihnen sitzt, sieht man die Schwerpunkte in Deutschland: drei Münchner, zwei andere. Das zeigt, wo das Geschäft hauptsächlich sitzt, das zeigt aber auch das Manko, das wir haben.

Ich möchte mich darauf beschränken, Ihnen zu sagen, dass ich es richtig finde, dass Sie den Kreis einschränken auf steuerinduzierte Modelle. Ich bin selber Betriebswirt, war früher Banker, weiß also, wovon Sie reden. Sie sollten aber den Blick in Zukunft auch weiten auf Eigenkapitalmodelle, denn auch das ist es, worum es maßgeblich geht. Vielleicht dazu ein paar Bemerkungen: Die Kollegen nehmen mir ja die Themen, wenn sie aus der Branche kommen, vorweg. Deswegen konzentriere ich mich auf einen anderen Bereich. Film ist, egal wie er gemacht wird, ein immaterieller Vermögensgegenstand und hat immer das Problem, dass er nicht bilanzierungsfähig ist. Das ist ein großes Problem für alle, die Filme selbst produzieren wollen, weil sie im Grunde genommen immer nur Verluste machen. Das macht keine Bank mit, im Zeitalter von Basel II haben Sie keine Chance. Film ist aber auch immer ein langfristiges Investitionsvorhaben, ähnlich wie der Brückenbau. Im Film wird gedacht in Fünf-, Sieben- oder Zehn-Jahres-Zeiträumen. Das muss man deutlich sehen.

Deutschland wird immer interessant sein, weil wir einen Markt haben mit fast 100 Mio. deutschen Sprachanhängern. Das wird international immer wichtig sein, umso wichtiger, als die dominierende Vertriebsmaschine der Welt nun einmal auf diesen Markt angewiesen ist und immer mehr angewiesen sein wird. Das heißt, wir werden hier immer Filme produzieren, das ist nicht die Frage. Die Frage, die Sie in der Politik beantworten müssen ist eine Gestaltungsfrage. Wollen Sie, dass wir von hier aus Filme exportieren oder wollen Sie, dass hier nur Lohnarbeit gemacht wird? Die Frage muss man sich von Anfang an stellen. Ich halte sehr viel von den kanadischen Modellen, bin aber der Meinung, dass wir vor allen Dingen vorankommen sollten. Das Sale-and-lease-back-Modell ist ein aus meiner Sicht in jeder Hinsicht sinnvolles Modell, das ich nur empfehlen kann. Es hat den Vorteil, dass es für Groß und Klein anwendbar ist, hat objektivierbare Kriterien, ist europäisch erprobt, ist nach den Rechtsprechungen auch anderer Länder, wenn ich das richtig sehe, akzeptiert. Warum sollte man das also nicht machen? Es wäre doch schön, wenn wir mal einen Erfolg hätten, der wirtschaftlich die Rolle der Filmproduktion unterstützt. Ich habe einfach Lust darauf, mit meiner Arbeit in Zukunft mehr exportieren zu dürfen. Das wird mir immer schwerer gemacht in diesem Land, und das finde ich schade. Darauf wollte ich nur hinweisen. Danke.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Deswegen sitzen wir ja hier, weil wir das unterstützen wollen. Herr Schmid, bitte.

**Andreas Schmid (VIP Medienfonds):** Grüß Gott. Ich bin Andreas Schmid und vertrete hier den Bereich der so genannten Hollywood-Investoren. Ich möchte versuchen, ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen und möchte insofern auch das Thema Hollywood kurz ansprechen. Nach unserer Erfahrung - und da kommt einiges zusammen durch mittlerweile 40 Filmproduktionen in den letzten drei, vier Jahren - ist es so, dass man an den Bereich der Medienfonds gern ein Etikett klebt, weil es welche gibt, die, vereinfacht ausgedrückt, reine Überweisungsgeschäfte tätigen. Sie dürfen aber eins nicht vergessen, und das war ein Grund für unseren wirtschaftlichen Erfolg, das ist das Thema Export. Das ist das, was uns langfristig interessiert, auch für unser Land interessiert. Das war ein Grund, warum wir es geschafft haben, nach eineinhalb bis zwei Jahren Vorverhandlung mit Roland Emmerich eine Produktionsgesellschaft in München zu gründen. Es geht um viel Geld, das sehen Sie, wenn Sie sich die Zahlen anschauen, egal ob es 1 Mrd. €, 1,5 Mrd. € oder 2 Mrd. € sind. Die Frage ist doch nur, was stellt man mit dem Geld an? Wenn man hinget und versucht, irgendetwas „zu basteln“ im Steuerrecht, damit diese Medienfonds für uns nicht mehr existieren, dann wird das Geld woanders hin fließen. Geld verdunstet nicht, es wird einfach anders investiert.

Die Frage wäre, ob wir nicht diese Möglichkeit nutzen sollten, diese 1 oder 2 Mrd. € mit einer Quote von 10 oder 15 Prozent zu versehen. Damit könnten wir Unglaubliches bewegen, und der Effekt für den Standort Deutschland wird ein wesentlich höherer sein als nur der Betrag. Genauso, wie Sie heute bei BMW-Ansiedlungen Zulieferindustrien haben, wird sich der Effekt einstellen. Was uns in Deutschland fehlt, ist eine Breite an qualifizierten Arbeitskräften, eine Breite an guten Produzenten. Es gibt einige wenige gute Produzenten, dafür muss aber das Umfeld geschaffen werden, und es gibt Gründe, warum gute Produzenten oder Regisseure herausgehen aus Deutschland, in andere Länder



gehen, und die gehen nicht nur nach Hollywood. Das hat immer wieder finanzielle Hintergründe, dort wird mehr gefördert.

Vielleicht ein bisschen Hintergrund auch zu uns. Ich habe mich bei der Einladung gewundert, dass ich als Vertreter eines Medienfonds genannt bin. Aber ich denke, das ist okay, wir sollen uns ja heute auch etwas kennen lernen. Wir sehen uns als Produzenten. Wir haben eine eigene Einkaufsabteilung, wir haben verschiedene Lektoren, die für uns tätig sind, wir haben eine eigene Produktionsabteilung, eine eigene Controllingabteilung. Wir gründen dieses Jahr dazu eine eigene Entwicklungsabteilung zur Entwicklung von Drehbüchern, und es kommt auch ein Vertrieb dazu. Man muss die gesamte Wertschöpfungskette in diesem Markt bedienen. Wir hatten die große Freude, „7 Zwerge“ mitproduziert zu haben und den „Ring der Nibelungen“, angeblich einer der erfolgreichsten, wenn nicht der erfolgreichste deutsche TV-Film des letzten Jahres. Wir werden in diesem Jahr den „Medicus“ produzieren, bei „Zwerge II“ sind wir mit dabei, und mit Herrn Vilsmaier diskutieren wir auch gerade ein sehr schönes Drehbuch. Wir werden also auch in diesem Bereich einiges tun, um den Standort Deutschland voranzubringen.

Für mich ist aber der deutsche Film kein Produkt, das möchte ich sehr deutlich sagen, und das habe ich auch immer gegenüber unserem Finanzamt vertreten, bei dem alles ausschließlich in Deutschland passiert. Ich glaube, Film ist ein viel zu internationales Medium, um zu sagen, wir produzieren nur in Deutschland und für Deutschland. Wir halten es für wesentlich sinnvoller, die Kapitalmassen, die da sind, richtig einzusetzen, für den Weltmarkt zu produzieren, Geld nach Deutschland zu bringen, Arbeitsplätze nach Deutschland zu bringen und Qualität nach Deutschland zu bringen.

Nur ganz kurz zum Thema Steuern. Seit Jahren ungelöst ist das Thema internationale Koproduktionen. Das ist nach wie vor ein Problem für die Fonds, aber auch für die ganz „normalen“ Filmproduzenten. German Spend habe ich angesprochen. Wir wären zusätzlich neben dieser Quote auch für eine direkte Förderung der Arbeitskraft, der Arbeitsplätze in Deutschland, weil das zusätzlich unterstützt. Ich bitte Sie, eines zu bedenken: Der Bereich Medien ist in unseren Augen der Zukunftsmarkt. Das ist eine saubere Industrie, es ist eine einfache Industrie. Sie haben unglaubliche Chancen damit weltweit, wenn Sie es richtig anpacken. Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Dann geht das Wort jetzt an Herrn van der Laan. Bitte.

**Sytze van der Laan (Studio Hamburg):** Herzlichen Dank. Ich bin Geschäftsführer der Studio-Hamburg-Gruppe, Co-Geschäftsführer. Wir vertreten im Gegensatz zu den meisten hier am Tisch die gesamte Bandbreite. Wir betreiben das Bundestagsfernsehen, wir haben letztes Jahr als Kinoproduzenten die „Rosenstraße“ gemacht. Wir beschäftigen 1.000 Mitarbeiter an drei Betriebsstätten - Hamburg, Berlin-Adlershof und Potsdam-Babelsberg, wo wir das Fernsehzentrum Babelsberg unlängst übernommen haben. In diesem Sinne sitze ich hier mit zwei Hüten, sowohl als Dienstleister als auch als Produzent.

Die Kollegen haben einige der auch für uns wichtigen Punkte schon angesprochen. Zuerst geht es aus unserer Sicht um eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für internationale Koproduktionen, also um die Betriebsstättenproblematik. Wir werden teilweise mit in Haftung genommen für Steuerrisiken, die im Ausland entstehen können. Das ist für uns brandgefährlich und hält uns teilweise von Koproduktionen ab, die in Deutschland richtig Umsatz bringen könnten. Die Steuerrisiken sind auch gefährlich für den ausländischen Partner, der hier gerne drehen möchte; eine ganz gefährliche Situation. Zweitens befinden wir uns im internationalen Standortwettbewerb. Das ist für uns als Studiobetreiber umso wichtiger, als durch die EU-Erweiterung, aber auch schon davor, die Produktionen studiomäßig ganz leicht ins Ausland abwandern. Herr Moszkowicz hat es schon gesagt: Film ist ein internationales Geschäft. Gott sei Dank und zu Recht. Aber dadurch hat man auch die Wahl, nach Polen oder demnächst wahrscheinlich in die Ukraine oder noch weiter zu ziehen. Das ist ein reisender Zirkus, der seine Produktionen da unterbringt, wo sie am billigsten sind. Das führt natürlich zu Arbeitsplatzverlusten. Ganz simpel. Um das Problem anschaulich zu machen: Wir waren ein Dienstleister und so genannter Hardware-Anbieter mit Studiolleistung. Das Verhältnis war 70 zu 30 Hardware- zu Software-Produktion. Wir nähern uns jetzt der umgekehrten Situation: 70 Prozent Produktion, 30 Prozent Hardware, und ich sage Ihnen, die Arbeitsplätze finden Sie im Hardware-Bereich, nicht in der Produktion. Das Verhältnis ist ungefähr 1 zu 10. Das heißt, das Verhältnis ändert sich dramatisch zu Ungunsten der Beschäftigten. Herr Junkersdorf hat zu Recht Hartz IV angesprochen. Die Leute werden gezwungen, mehr zu arbeiten in einem kürzeren Zeitraum, um ihre Einkommen zu erreichen und können das nicht, wenn wir die Produktionen nicht in Deutschland halten. Das führt zu weiteren Arbeitsplatzverlusten.

Ich unterschreibe die Problematik der Mitunternehmerschaft bei internationalen Koproduktionen. Ich habe das schon angesprochen.

Wir kommen dann zu zwei Lösungsmodellen. Das Modell der geförderten Produktionsausgaben wird in Kanada und Südafrika angewandt. Nicht umsonst gehen wir selber nach Südafrika, um da Filme zu machen. Wir bekommen dort direkten Tax Credit, wenn wir da drehen. Außerdem investiert die Regierung in Südafrika in meinen Film und wird dann am Erlös beteiligt. Ich gehe dann mit 25 oder 30 Prozent geringeren Kosten nach Hause. Ich mache das als deutscher Produzent, muss das machen, weil ich meinen Film sonst nicht finanzieren kann. Diese Art der Förderung nenne ich das direkte Lohnkostenzuschussmodell. Das wäre aus meiner Sicht am einfachsten zu handhaben. Kanada und Südafrika sind hier die Vorbilder.

Das zweite Modell wäre das Sale-and-lease-back-Modell. Auch darin können wir uns finden. Man kann auch zu Kombinationen kommen. Die Engländer haben es vorgemacht. Dort führt diese Art der Förderung zu einem enormen Run auf englische Produktionskapazitäten. Der Missbrauchsaspekt muss hier angesprochen werden. Die Engländer haben schon reagiert und Einschränkungen gemacht, davon können wir lernen. Ich glaube, dass mit Sale and lease back auf jeden Fall eine sinnvolle Veränderung der Produktionsbedingungen einhergehen würde. Wie dann ein German Spend zu definieren wäre, ist aus meiner Sicht sehr einfach geregelt in § 15 FFG, darüber brauchen wir uns

eigentlich keine Sorgen zu machen. Das ist ein Riesenvorteil. Da sind wir wiederum gesetzlich besser bedient als andere. Da haben wir aus meiner Sicht, wenn die Kollegen mir da nicht widersprechen, keinen Handlungsbedarf. Letzter Punkt: Quellensteuer für ausländische Filmschaffende. Das ist ein Problem für uns. Der ausländische Künstler muss erst einmal eine so genannte Quellensteuer bezahlen, sprich, es werden hier erst einmal 25 Prozent abgeführt. Dann geht ein Papierkrieg von einem Jahr Dauer los und dann bekommt er das Geld wieder zurück. Wir haben dadurch das Problem, die Schauspieler für Koproduktionen zu bekommen, weil sie sagen, ich habe keine Lust, ein Jahr lang auf die 25 Prozent zu warten.

**Vorsitzende:** Wir haben jetzt die Vorstellungs- und die Inputrunde beendet. Als erste Fraktion hat die SPD jetzt 15 Minuten für Fragen einschließlich Antworten. Ich möchte das noch einmal für alle Kolleginnen und Kollegen deutlich machen. Danach gehen wir über zur CDU/CSU-Fraktion. Frau Hilbrecht, bitte.

**Abg. Gisela Hilbrecht (SPD):** Ich denke, wir sind uns einig, dass wir heute nicht alle Probleme der Filmfinanzierung lösen können, aber ich finde es interessant, auch die unterschiedlichen Meinungen dazu zu hören. Das Thema heißt „Modelle zur Filmfinanzierung“. Das ist das, womit wir uns hier seit längerer Zeit befassen und ich weiß, dass angekommen ist und respektiert wird, dass man schon lange nicht mehr so intensiv über den deutschen Film mit den Betroffenen diskutiert hat. Jetzt möchte ich ganz schnell einige Fragen stellen, damit meine Kollegen auch zu Wort kommen,.

Herr Junkersdorf, Herr Thies, und Herr van der Laan, an die Produzenten die Frage: Wir haben im FFG beschlossen, die Rolle der Produzenten zu stärken. Jetzt haben wir mit der Finanzierungsmöglichkeit über Sale and lease back ein Instrument in der Hand. Mit diesem Instrument könnten wir ohne Belastung der öffentlichen Hand dem Produzenten 10 bis 15 Prozent Eigenkapital in die Hand geben. Das ist ja das, was zurzeit in der Diskussion ist. Das halte ich übrigens für einen großen Vorzug. Was sagen Sie als Produzenten dazu? Können die herkömmlichen Medienfonds, da ist Herr Schmid gefragt, einen vergleichbaren Vorteil für den Produzenten bringen?

Die zweite Frage geht an alle. In der Diskussion um die Möglichkeiten - ob es um das kanadische Modell oder um Sale and lease back geht - der Filmfinanzierung wird in der Zwischenzeit immer wieder die freiwillige Selbstverpflichtung zu einem German Spend in die Diskussion eingebracht. Diese Diskussion ist überhaupt nicht neu. Wir kennen diesen Vorschlag. Ich möchte wissen, was ist eigentlich bis heute passiert und was spricht dafür, dass dieses Ziel in Zukunft wirklich ernsthaft verfolgt wird? Wenn es zu einer Selbstverpflichtung käme, was hielten Sie dann davon, wenn es wirklich zu einem solchen German Spend käme? Herr Junkersdorf, Sie haben sich, wie ich weiß, bemüht, mit deutschen Filmen einen Filmfonds aufzulegen und zu betreiben. Musste der sich messen lassen an dieser Selbstverpflichtung von 35 Prozent German Spend, die mit Sale und lease back verbunden ist? Was können denn die Fonds bieten? Wären die Fonds überhaupt in der Lage, die Selbstverpflichtung von 35 Prozent German Spend zu erbringen? Als letzte Frage: Herr Junkersdorf

hat den Medienerlass angesprochen. Mit welchen Anteilen hat die deutsche Filmwirtschaft von den herkömmlichen Medienfonds profitiert, und was hat sich nach dem Medienerlass verändert?

**Vorsitzende:** Ich glaube, das würde eine Stunde füllen, das alles zu beantworten. Fangen wir mit Herrn Junkersdorf an.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** In der Tat ein breites Thema und nicht so ganz einfach zu beantworten. Das FFG hat vorgesehen, die Rolle des Produzenten zu stärken. Das hat sich ja auch aus den Beiträgen der Diskutanten heute hier ergeben. Wir reden, glaube ich, über zwei Modelle. Das eine ist Sale and lease back, das andere ist dieses Lohnkostenzuschussmodell. Ich selber glaube, dass Sale and lease back ein sehr kompliziertes System ist, ein System, das einer Instanz bedarf, die man zusätzlich einrichten muss. Vor allen Dingen brauchen Sie eine Fertigstellungsgarantie über eine Versicherung. Dazu brauchen Sie Produktionen, die über 10, 12 und 15 Mio. € liegen. Alles, was unter solchen Grenzen liegt, kommt gar nicht in den Genuss, weil der Profit viel zu klein ist. In England war es in der Vergangenheit so, dass auch der Zinssatz ein ganz anderer war, als er jetzt im Moment bei uns ist. Wir haben versucht auszurechnen, was dabei übrig bleibt und denken, der Aufwand, der zu betreiben ist, steht nicht im Verhältnis zum Profit.

Die Frage war „Selbstverpflichtung“. Die Fonds hatten sich alle verpflichtet. Man muss unterscheiden, ob es nun Herstellerfonds sind oder ob es Fonds sind, die das Geld geben, aber de facto keine Hersteller sind, obwohl sie gegenüber dem Finanzamt Hersteller sein müssten. Die Selbstverpflichtung existiert in der Tat. Aber, wenn wir von 2 Mrd. € ausgehen, und wir hätten dann 20 Prozent, die in deutsche oder europäische Filme fließen würden, wäre das ein immenser Betrag von 400 Mio. €, den wir in der Größenordnung höchstwahrscheinlich gar nicht gebrauchen könnten. Ich bin eigentlich eher ein Befürworter eines Lohnkostenzuschussmodells und denke, das ist einfacher zu handhaben. Das ist kein großer Aufwand, damit lösen wir einen Teil der Hartz-IV-Probleme, der Beschäftigungsprobleme. Wir sorgen dafür, das hat auch Herr van der Laan schon gesagt, dass Produktionen nicht mehr ins Ausland abwandern, sondern wir sorgen dafür, genauso wie es in Kanada passiert ist, dass Arbeitsplätze im Land bleiben. In Kanada hat ein großer Schub eingesetzt, nachdem dieses Lohnkostenzuschussmodell eingeführt wurde. Zusätzlich, das haben wir gehört, existiert es in Südafrika. Viele Produktionen gehen deshalb nach Südafrika. Ich glaube, das waren die Fragen, die ich zu beantworten hatte.

**Andreas Schmid (VIP Medienfonds):** Wir halten es als Wirtschaftsunternehmen für entscheidend, dass wirtschaftlich investiert wird. Das ist ja immer eine Mischung, eine Melange, zwischen der Förderung und dem Wirtschaftsziel, Geld zu verdienen. Eine Quote von 35 Prozent oder 20 Prozent in der Größenordnung von 400, 500, 600 Mio. € würde zu einer Ost-Filmförderung führen, um die Lage mit den Ostimmobilien zu vergleichen. Man würde sagen, man macht jetzt einfach etwas, um die steuerliche Förderung mitzunehmen. Ich denke, das ist der völlig falsche Ansatz. Es wird immer Streuverluste geben, bei steuerlicher Förderung ist das völlig normal, aber ich denke, man sollte die Richtung kennen. Fonds sind gezwungen aufgrund des Marktes und des Wettbewerbs, auf die

Wirtschaftlichkeit zu achten. Sonst hat sich der Markt erledigt, weil kein Mensch mehr investieren wird, wenn er feststellt, dass kein Geld herauskommt. Die Fonds sind gezwungen, viel stärker gezwungen auf die Wirtschaftlichkeit von Produkten, von Filmen zu achten als auf die staatliche Förderung. Die Mischung mit einer Förderung über Sale and lease back halte ich für schwieriger als die direkte Förderung. Mit der direkten Förderung werden wirklich die Arbeitskräfte gefördert, verbunden mit dem 10- oder 15-prozentigen National Spend. Das macht viel Sinn für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die Perspektive und das Potenzial, aus Deutschland heraus viele interessante Produkte zu generieren und weltweit zu vermarkten.

**Alexander Thies (Produzent):** Sie merken, wie unterschiedlich die Interessen sind. Ich behaupte einmal, dass ein Fonds es schwer hat, aber der, der sein Geld persönlich riskiert, es noch schwerer hat. Glauben Sie mir, Herr Schmid, davon verstehe ich etwas. Sie haben wenigstens nicht Ihr eigenes Geld dort drin, deswegen haben Sie es ein bisschen leichter, herzlichen Glückwunsch. Vorweg: Ich produziere am liebsten im Inland. Um es deutlich zu sagen: „Luther“ haben wir im Inland nicht vollständig hinbekommen, weil es diese Förderinstrumente nicht gibt. Ich transportiere mein Know-how nicht gern ins Ausland, sondern lasse es lieber hier wachsen. Wir leben von unserer Mentalität und wir haben genug Produkte hier, um sie ins Ausland zu transportieren. Dass die Produkte den Sehgewohnheiten des Weltmarktes angepasst sein müssen, das ist klar. Aber ich produziere am liebsten hier.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir bis heute noch eine Produktionsstruktur haben, die von hier aus exportfähig ist. Im Übrigen, von Sendern unabhängig, auch von Konzernen unabhängig, haben Sie eine Vielzahl von motivierbaren Unternehmern, die Sie zwar bisher nicht erreicht haben, die Sie mit diesen neuen Modellen aber ansprechen könnten, weil es uns - und da bedanke ich mich für Ihre einführende Bemerkung, Frau Griefahn - nicht um Förderung geht. Wir sind keine kleinen Tierchen, die von Ihnen Mitleid brauchen. Wir wollen einfach unser Geld verdienen, das ist alles.

Zu den Fragen: Das FFG ist eine tolle Sache, weil die FFA an sich eine tolle Sache ist. Eine Selbsthilfeeinrichtung der Wirtschaft ist sowieso einzigartig. Die größte Verbesserung dabei ist der Blick auf die Vermarktung, denn da leidet unserer Standort am meisten. Die Produkte, die wir kreieren, werden überwiegend nicht in der Weise vermarktet, wie das international üblich ist. Constantin ist eine Ausnahme, ganz klar. Ansonsten gibt es nicht viele im deutschen Markt. Zielgerichtetes Produzieren fördern, finde ich sehr gut. Vor allen Dingen aber geht es um die Eigenkapitalstärkung, das wäre ein entscheidender Schritt nach vorne. Aber, wir bewegen uns im Förderkreislauf. Zwar ist das ein Förderkreislauf aus der Branche, aber das ist zu wenig. Die Volumina reichen nicht. Deswegen ist Sale and lease back auf jeden Fall ein Fortschritt, egal, wie man es letztlich ausgestaltet. Über die Ausgestaltung muss man natürlich reden, die Bemerkungen der Kollegen zeigen es ja. Aber es ist in jedem Falle klar, wenn 10 bis 15 Prozent der Finanzierung aus solchen Geldern kommen könnten, wäre das keine Subvention. Es ist auf der Einnahmenseite eine Umschichtung. Ob das Geld nun zu den bisher aufgesetzten Fonds geht oder in ein Sale-and-lease-back-Verfahren, das ist aus meiner Sicht unerheblich. Im Gegenteil, es würde sogar stimulieren, das

Kapital hier noch mit einer Alternative auszustatten. Ich teile nicht die Einschätzung meiner Vorredner, dass dieses System zu kompliziert wäre. Ich halte es im Gegenteil für wesentlich einfacher. Das ist eine Sache, die relativ leicht standardisierbar ist, aus vielen Gründen, aber vor allen Dingen auch, weil man Sale and lease back einfach in Europa abgucken kann. Es gibt europäische Vorbilder, die kann man sich einfach anschauen. Man kann dann auch gleich auf den Missbrauchsvorwurf reagieren und Missbrauch möglichst ausschließen. Dabei ist ein wichtiger Punkt, dass wir in Deutschland eine andere Struktur und eine andere Mentalität haben.

German Spend. Ich teile die Auffassung meines Vorredners überhaupt nicht. Sie sagen, Sie sind Filmhersteller. Das müssen Sie sagen, sonst würden Sie nicht akzeptiert. Aber Sie haben 40 Filme produziert. Das ist relativ jung. Ich gratuliere Ihnen, dass Sie mit einem deutschen Produkt so viel Geld verdient haben wie mit „7 Zwerge“. Die wurden nicht in Ihrem Hause gemacht, aber ich finde es gut, wenn Fonds selber in die Investition gehen und selber produzieren. Das muss man betonen. German Spend ist wichtig, das können Sie an einem Beispiel aus unserem Haus sehen. Wenn man einen „Luther“ produziert, der 20 Mio. € kostet und 6 Mio. € Eigenkapital aus der Familie bindet, kommt man im nächsten Jahr nicht gleich mit dem nächsten Film heraus. Das geht nicht, weil die Bilanzen zerschossen sind. Habe ich Modelle, die quasi fondstauglich sind, kann ich mein Produkt marktgerecht entwickeln und produzieren, habe ich vielleicht sogar die Möglichkeit, das Vermarktungskonzept besser zu machen als andere, bekomme ich auch Fondsgelder. Ich tue mich allerdings wesentlich leichter, wenn es eine bestimmte Zone gibt, die den Export deutscher Produktionen vorsieht. Sonst würde auch ein Fonds nur in abgesicherte amerikanische Ware investieren, weil das die einzige ist - mit Ausnahmen wie vielleicht der Constantin -, die einigermaßen verlässlich ist.

Wir reden hier über einen Markt, der noch gar nicht existiert, wir reden über Filmwirtschaft. Deutschland leistet sich als einziges Land den Luxus, zwar eine tolle Infrastruktur zu haben, aber keine eigene Filmwirtschaft. Deshalb: Ein German Spend ist bei Fonds absolut notwendig und sinnvoll.

Zum Thema Medienerlass. Ich bin einer der wenigen, der viel in Kanada gearbeitet hat. Wir haben seit 1993 in Kanada produziert, seit 1999 nicht mehr. Warum? Weil ich keine Lust habe, zu einem steuerlich Gejagten zu werden. Das sage ich Ihnen ganz deutlich. Ich bin in der Mixed Commission mit Kanada gewesen. Durch die hier schon mehrfach zitierte Betriebsstättenproblematik ist ein hohes Risiko aufgetreten. Wir können nicht ausschließen, dass unsere steuerliche Situation sich drastisch ändert und dass unsere kanadischen Partner letztlich Nachteile einfahren, die Existenz bedrohend sind. Das heißt auf Deutsch, die steuerlichen Verpflichtungen, die aus dem Medienerlass resultierten, die eigentlich gar nicht auf uns zielen, würden uns in jedem Fall ruinieren. Dann kann ich aber meine Steuern sowieso nicht bezahlen, also macht es gar keinen Sinn - das sage ich als konservativer Mittelständler -, damit überhaupt zu arbeiten. Wir produzieren seit 1999 nicht mehr mit Kanada, wir können uns das leisten. Die Kollegen, die sich das nicht leisten können, müssen koproduzieren und eben mit diesem steuerlichen Risiko leben. Der Medienerlass zielt auf die Fonds, das mag ja gut

gemeint sein, das kann ich als Steuerzahler nachvollziehen, aber es ist ganz unverantwortlich, dass auch nach vier Jahren immer noch nicht klar ist, dass Sie den ganzen Bereich der traditionellen Koproduktion damit zerschossen haben. Aber genau da entstehen die Werte, um die es eigentlich geht. Ich sage noch einmal, man muss sich auch in Deutschland entscheiden. Arbeitsplätze wird man hier immer unterkriegen, und deswegen bin ich natürlich auch für ein Lohnkostenmodell. Aber es geht vor allem um die Entwicklung der eigenen Firmen. Unsere Stoffe sollen auf dem Weltmarkt erfolgreich sein, sie sollen nicht in Deutschland produzierte ausländische Ware sein. Das halte ich für ganz falsch. Wir sind zu Gast im Kulturausschuss, und Deutschland hat so viel Kultur zu bieten, dass wir es auch zeigen können sollten.

**Vorsitzende:** Ich bedanke mich und muss mir Herrn van der Laan und Frau Krüger-Leißner für die nächste Runde aufbewahren. Jetzt ist die CDU/CSU-Fraktion an der Reihe, Herr Neumann, bitte.

**Abg. Bernd Neumann (CDU/CSU):** Wir diskutieren über die steuerlichen Rahmenbedingungen und was sonst dazu gehört auf der politischen Ebene praktisch seit 1999. Beim ersten Bündnis für den Film, damals noch mit Herrn Naumann, spielten genau diese Punkte, die jetzt wieder auftauchen, eine Rolle, bis auf den Medienerlass zur Koproduktion, der kam später. Wir haben im Filmförderungsgesetz, was die klassische Förderung betrifft, einen guten Abschluss gefunden. Die Rahmenbedingungen sind dagegen offen. Für die Politik ist die Frage wichtig, gibt es eine Priorität? Sie, Herr Moszkowicz, haben mir mit Ihrem 10-Punkte-Programm sehr imponiert. Dennoch hilft es mir nur bedingt weiter. Ich würde Ihnen gern helfen, alle zehn Punkte umzusetzen. Aber das wird nichts werden. Das heißt, man muss sich in der Branche entscheiden, was ist wichtig. Ich möchte wissen, insbesondere auch vom Präsidenten der Filmförderungsanstalt, der für die ganze Branche spricht, aber auch von anderen: Gibt es eine Rangfolge? Wir haben die Mindestbesteuerung angesprochen. Da höre ich aus der Branche, wenn die Begrenzung bei 1 Mio. € bleibt, führt das zu einer massiven Konzentration im Bereich der Produktionsgesellschaften. Ist das so, ist das ein gravierendes Thema? Es bringt ja nichts, wenn das bleibt, und wir ändern etwas anderes, und auf die Weise geht durch die Mindestbesteuerung vieles wieder verloren. Deshalb, erster Punkt, Mindestbesteuerung: Welche Priorität hat das?

Zweitens Medienerlass 2001, Koproduktion. Das Thema haben einige angesprochen. Wie ist der Medienerlass in dieser Skala zu sehen? Einerseits haben wir ihn seit dem Jahr 2001 und die Branche ist nicht zusammengebrochen, andererseits wird gesagt, das macht im Grunde genommen Koproduktionen unmöglich.

Dritter Punkt ist die gesamte Situation Medien und Filmfonds. Da ist, im Anschluss an Frau Hilbrecht, meine Frage: Ein German Spend, wenn wir ihn nicht koppeln mit dem Sale-and-lease-back-Modell, ist ja nur auf freiwilliger Basis möglich, rechtlich gibt es EU-weit keine Möglichkeit, es geht nur freiwillig. Bekommen Sie da den 35-Prozent-Anteil zustande? Ist das realistisch oder können wir das gleich beerdigen? Der letzte Punkt betrifft die beiden Fördermodelle, die hier vorgeschlagen worden sind, also das kanadische Tax-Shelter-Modell mit den Lohnkostenzuschüssen oder das britische Sale and

lease back. Hierzu die Frage: Denken Sie bitte an die allgemeine Situation, die wir diskutieren, Stichwort Abbau von Subventionen. Da sind wir uns im Übrigen parteiübergreifend einig, dass wir eher reduzieren und nicht neu schaffen wollen. Wie sind unter dieser Maßgabe diese beiden Modelle zu sehen? Bei dem Lohnkostenzuschuss klingelt gleich die Alarmglocke bei mir, denn es muss ja zugeschossen werden. Können Sie dazu bitte etwas sagen? Zusammengefasst: Können Sie kurz eine Priorität nennen, was ist das Wichtigste, das Zweitwichtigste? Mit einem 10-Punkte-Programm, das brillant vorgetragen worden ist, habe ich keine Rangfolge, und wir wollen ja irgendwann einmal zu einem Punkt kommen, an dem wir etwas entscheiden.

**Martin Moszkowicz (Produzent):** Ganz kurz vorweg, um das noch nachzutragen: Wenn man eine Rangfolge der Mechanismen, die möglich sind, bildet, dann steht an erster Stelle der zehn Punkte ein Lohnkostenzuschuss. Das hat sich auch international komplett durchgesetzt. Das ist das Mittel, das mit Abstand am schnellsten einen Effekt zeigt. Unsere angelsächsischen Nachbarn haben festgestellt, dass es ein gutes Geschäft ist, wenn man jemanden in sein Land holt, er 1 Mio. € ausgibt und man ihm dann einen kleinen Teil davon zurückgibt. Deshalb machen sie es so. Die Idee der Sale-and-lease-back-Konstruktion ist auch eine Möglichkeit, allerdings die zweitbeste. Dass damit Gelder aus der Privatwirtschaft in die Filmwirtschaft fließen, ist ein Irrtum. Das passiert nicht. Sie gewähren im Sale-and-lease-back-Modell lediglich eine Steuerstundung. Sie verschieben sozusagen Ihre Steuerlast nach hinten und haben einen Zinsvorteil. Diesen Zinsvorteil geben Sie an den Produzenten weiter. Natürlich ist das Geld, das aus der Staatskasse kommt. Der Effekt, den Sie erzielen, kommt sehr viel später und sehr viel schwieriger zustande.

Der nächste Punkt ist der, dass Sie bei einem Sale-and-lease-back-Modell mit einem gewissen German Spend, egal, ob auf freiwilliger oder auf obligatorischer Basis, das Problem haben, dass Sie versuchen müssten, den größtmöglichen German Spend zu belohnen. Das heißt, je mehr jemand in Deutschland ausgibt, desto mehr Geld bekommt er. Dann kriegen Sie von außen Mittel und Gelder und Produktionen herein. Das würde auch den deutschen Produzenten helfen, die deutsche Filme herstellen, wir reden nicht nur von den internationalen Filmen, die dann vielleicht hierher kommen würden und hier ihre Dreharbeiten in Deutschland durchführen. Auch einem Film, der ein 3 Mio. € Budget hat, würde das wirklich helfen, wenn seine Lohnkosten wettbewerbsfähig werden würden gegenüber den umliegenden Ländern. Wichtig ist darüber hinaus, dass die Zahlen, die im Umlauf sind von 10 oder 15 Prozent nur im Augenblick mit dem geltenden Zinsniveau richtig sind. Davon hängt Sale and lease back ab, da fällt schon einmal die komplette Planungssicherheit weg. Sie haben keine Planungssicherheit! Wenn die Zinsen oben sind, ist die Situation besser, wenn sie unten sind, ist sie schlechter. Im Moment, in der Euro-Zone, im Gegensatz zu England, das sich in einer Hochzins-Zone befindet, kommen Sie auf Barwertvorteile, je nachdem, wie Sie rechnen und wie lange diese Gesellschaften am Leben gehalten werden müssen, zwischen fünf und zehn Prozent. Denken Sie sich jetzt einen kleinen deutschen Film aus, der 2 Mio. € Herstellungskosten hat. Der soll jetzt für fünf Prozent eine Sale-and-lease-back-Transaktion durchführen und muss dafür eine KG 18 Jahre am Leben erhalten. Diese KG muss jedes Jahr steuerlich bilanziert werden. Das ist Aufwand, das muss jemand machen, das wird Geld kosten. Und diese Kosten müssen vom Barwertvorteil wieder



abgezogen werden. Das sind die Überlegungen, die wir anstellen. Wenn man objektiv ist, ist das beste Modell dasjenige, bei dem klar ist: Beschäftigt man jemand in Deutschland, bekommt man dafür einen Teil der Lohnsteuern, die hier abgeführt werden, wieder zurück. Das entspricht dem kanadischen Modell.

Wir haben, zum Abschluss möchte ich das sagen, die Constantin und zählen uns zu den Produzenten. Wir produzieren hauptsächlich Filme, das ist unser Hauptgeschäft. Die Constantin hat all diese Modelle, die weltweit angeboten werden, angewandt. Die Idee, dass ein Sale-and-lease-back-Modell problemlos umsetzbar ist, ist nicht richtig. Das stimmt einfach nicht. Das sind äußerst komplexe Finanztransaktionen, die unter Zuhilfenahme von vielen Anwälten gemacht werden müssen, die außerordentlich schwer in internationale Finanzierungsstrukturen zu integrieren sind. Die Berater, die Mittelsmänner sozusagen, kosten eine Unmenge Geld. Deshalb ist man in England davon abgekommen und geht inzwischen den Weg über direkte Zuschüsse.

**Vorsitzende:** Jetzt Herr van der Laan, bitte.

**Sytze van der Laan (Studio Hamburg):** Wenn Sie nach Prioritäten fragen, favorisieren wir eindeutig entweder Lohnkostenzuschuss oder Sale and lease back. Dabei schließe ich mich den Kollegen an, dass aus der Sicht des Studiobetreibers und Arbeitgebers, der direkte Zuschuss, so wie es ihn in Kanada und Südafrika gibt, am schnellsten zum Effekt führt. Punkt zwei auf der Prioritätenliste ist der Medienerlass. Die Koproduktionsproblematik ist für uns ganz wichtig.

**Vorsitzende:** Herr Junkersdorf, jetzt sind Sie dran.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Herzlichen Dank. Ich bin absolut der Meinung von Martin Moszkowicz. Lohnkostenzuschüsse wären mir auch am liebsten. Er hat erklärt warum, das muss ich nicht wiederholen. Lohnkostenzuschüsse sind gegenüber Sale and lease back vorzuziehen, denn - wir haben es ausgerechnet - fünf bis sieben Prozent bleiben bei Sale and lease back übrig. Bei kleinen Produktionen lohnt sich das überhaupt nicht. Dramatisch sieht es mit dem Medienerlass aus. Alle Koproduktionen werden auf die Gefahr hin gemacht, dass Steuerbescheide aus Deutschland auch für den ausländischen Koproduzenten erlassen werden. Das ist auch bereits passiert. Ausländische Koproduzenten haben aus Deutschland Steuerbescheide bekommen. Diese Situation ist sehr, sehr dramatisch, und nicht umsonst haben wir über Jahre darüber diskutiert. Aber die Diskussion muss irgendwann einmal aufhören. Wir müssen das Problem endlich lösen. Es kann ja nicht sein, dass es nicht lösbar ist. Es ist lösbar. Die Filmbranche hat Vorschläge gemacht, ganz genaue Vorschläge, wie man es lösen kann, ohne dass dabei Steuerverluste entstehen. Das muss man noch einmal aufgreifen. Das muss doch möglich sein, wenn alle wirklich wollen. Wenn ich an das Koalitionspapier von 2003 denke, so steht da drin, dass der Medienerlass zu verändern ist. Das müssen wir einfach schaffen.

Das nächste Thema ist natürlich der Verlustvortrag. Der macht uns Probleme. Im Ergebnis führt die Regelung zu einer Konzentration. Wenn Sie den Nachteilen entgehen wollen, müssen Sie sich innerhalb einer großen Produktionsgruppe bewegen. Filme entstehen oft aber nicht in großen Gruppen, sie entstehen nicht in großen Konzernen, sondern sie entstehen in kleinen Einheiten. Aus denen werden sie jetzt herausgetragen und hineingetragen in eine größere Firma. Der Markt funktioniert auf der ganzen Welt so. Das ist in Amerika ganz genauso. In Amerika sind die Großen nicht diejenigen, die produzieren, sondern die kleinen Einheiten, die sich an die Großen andocken und sagen, gebt uns das Geld, gebt uns den Verleihvertrag, gebt uns den Weltvertriebsvertrag und wir machen das. Das sind die Prioritäten. Wenn wir den Lohnkostenzuschuss haben, dann brauchen wir auch nicht mehr über German Spend zu reden, denn der kommt dann automatisch. Wenn in Deutschland hergestellt wird und der Lohnkostenzuschuss ist da, dann wird ja in Deutschland produziert, und das ist ein zusätzlicher Anreiz. Ich möchte es noch einmal wiederholen: Nicht umsonst steht in Kanada und auch in Südafrika dieses Modell vorn. Herr Thies hat nicht zu Unrecht gesagt, dass er da nicht mehr produzieren will, weil er Gefahr läuft, irgendwann die ganzen Steuern nachzahlen zu müssen. Ich kenne Kollegen, die sehr wohl wissen, dass sie etwas machen, was ihnen später zum Verhängnis werden kann. Das kann nicht der Zustand sein, in dem man in Deutschland versucht, Kultur herzustellen.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich beantworte die Frage in zwei Teilen. Mit einer klaren Rangfolge komme ich zunächst als jemand, der Sie als gute Fee sieht und sage einfach, bitte stellen Sie den Medienerlass um. Bitte sorgen Sie dafür, dass die Quellenbesteuerung für ausländisches Talent entfällt, denn diese Beträge zahlen wir drauf, da wartet keiner, bis er die Steuererstattung wieder bekommt. Der Künstler will das Geld von uns haben, und das geht vom Budget runter. Und wir brauchen ausländisches Talent wenigstens als Sahnehäubchen für den internationalen Markt. Bitte sorgen Sie dafür, dass diese Mindestbesteuerung in unseren Bereichen nicht greift, weil die Firmen in einer Sondersituation sind. Ich habe bereits auf die immateriellen Vermögensgegenstände hingewiesen. Zu den Modellen Tax Shelter und Sale and lease back muss ich sagen, wenn man es sich wünschen könnte, hätte ich natürlich gern beide. Das ist die eine Antwort. Beides würde dazu führen, dass man die Filmbudgets leichter zusammen bekommt.

Aber die Realität ist eine andere. Wir reden seit zwei Jahren über Sale and lease back, und wir reden seit vier Jahren über den Medienerlass. Ich kann mich erinnern, dass ich über die anderen Dinge schon seit zehn Jahren rede und, nehmen Sie es mir nicht übel, ich komme deswegen her, weil ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, dass wenigstens eines einmal durchkommt. Ich gehöre dem Bundesverband der deutschen Fernsehproduzenten an, der mit über 2 Mrd. € Produktionsvolumen in Deutschland die größte Instanz ist. Dass Frau Dr. Weiss Sale and lease back unterstützt, begeistert mich. Das lässt mich hoffen, dass sie es nicht nur hier im Kulturausschuss, sondern auch bei den Finanzpolitikern durchbekommt. Denn mir ist völlig bewusst, nur von der guten Fee kann ich mir wünschen, was ich will. Ich plädiere für Sale and lease back, weil Sie hier kein neues Fass aufmachen. Herr Neumann, ich habe Sie sehr genau verstanden.

Ich plädiere für eine Erleichterung oder eine Umschichtung auf der Einnahmenseite. Das ist mit Sale and lease back leichter möglich. Ich plädiere dafür, dass in Europa anerkannte Strukturen verwendet werden können. Wir sind das einzige Land oder eines der wenigen Länder, das sich den Luxus leistet, auf einen Wettbewerbsausgleich zu verzichten. Wir binden uns also ein Holzbein an, freiwillig, und knicken das gesunde Bein sogar ab. Das muss nicht sein, das ist zwar artistisch, aber nicht wertvoll. Hinzu kommt, bei Sale and lease back handelt es sich nicht um eine Subvention. Ich möchte einen etwas anderen Fokus auf die Dinge richten und sehe mich als Speerspitze. Ich möchte, einen Erfolg sehen, eine Veränderung, die wirklich umgesetzt wird. Danach können wir uns über weitere Veränderungen gern unterhalten. Aber mit einer solchen Veränderung motivieren Sie die ganze Branche. Ich glaube sogar, dass beim Sale-and-lease-back-Modell zwei Effekte übersehen werden. Erstens: Die übliche Koproduktion geht davon aus, dass das Budget vorab gefüllt wird. Deswegen gibt man Rechte weg, um nach Möglichkeit das Geld zusammenzubekommen. Man hat also als Firma nicht mehr allein die Hand auf den Rechten. Das machen die Amerikaner uns vor. Eigentlich ist das Unsinn, weil Sie auf diese Art Stärke aufgeben. Wir müssen Sale and lease back also mit dem Fall vergleichen, dass eine Firma versucht, alle Rechte bei sich zu behalten. Wenn man alle Rechte behalten will, passieren zwei Dinge. Erstens: Die Bilanz des Unternehmens ist ruiniert. Das heißt, der Fiskus sieht schlecht aus, man kann 100 Prozent abschreiben. Außerdem bekommt man sein Geld später wieder als bei der Sale-and-lease-back-Regelung. Wenn man Sale and lease back einmal so dynamisch betrachtet und nicht statisch auf das Projekt bezogen, bringt es sogar mehr Geld.

Der zweite Faktor: Sie schaffen einfach einen Anreiz für mehr Mut. Ich investiere gerne mehr in diese Art von Projekten, wenn ich weiß, dass die Finanzierung mir leichter gemacht wird. Ich gewinne automatisch mit mehr Mut, mehr Überzeugungskraft, mehr Erfolge, die ich nachweisen muss, sonst bin ich aus dem Markt. Und die Fonds gehen natürlich gerne in German Spend, wenn ihnen das Erfolg verheißt. Darauf hat schon Herr Schmid klar und deutlich hingewiesen. Weil der Markt nicht da ist, hilft es, German Spend gleich Sale and lease back folgen zu lassen. Dieser Weg verspricht Erfolg, weil die Diskussion an dieser Stelle am weitesten fortgeschritten ist.

**Vorsitzende:** Danke schön, Herr Thies. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir einmal ein Lob für das FFG bekommen haben und es an dieser Stelle keinen Handlungsbedarf gibt. Ein bisschen haben wir also erreicht. Frau Sowa, bitte.

**Abg. Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich bin nach wie vor interessiert daran, das beste Modell ausfindig zu machen. Deshalb möchte ich meine fünf Minuten Redezeit gern Herrn Junkersdorf überlassen. Er hat auf den Medienerlass abgehoben, der meines Wissens schon zweimal geändert wurde. Sie sagen, die Filmbranche habe schon Änderungsvorschläge gemacht. Könnten Sie die noch einmal konzentriert präsentieren?

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Ich kann Ihnen die ganzen Vorschläge, die wir gemacht haben, nicht aufzählen. Aber der Medienerlass ist an sich eine latente Gefahr, dass durch Koproduktionen ausländische Koproduzenten in Deutschland und deutsche Koproduzenten - zumindest aus der Sicht

des deutschen Fiskus - im Ausland eine Betriebsstätte begründen. Das ist das große Problem. Das führt für beide Partner zu ganz erheblichen steuerlichen Nachteilen und konterkariert die zwischenstaatlichen Abkommen, die Deutschland in der Zwischenzeit mit über 20 Ländern geschlossen hat, in Europa und außerhalb Europas. In diesen zwischenstaatlichen Abkommen sind genau die Rechte und die Pflichten der einzelnen Koproduzenten festgehalten. Eine Änderung des Medienerlasses, die von einer grundsätzlichen Bewertung von Koproduktionsgemeinschaften als Mitunternehmenschaften absieht und statt dessen eine Betriebsstätte für den jeweiligen Koproduzenten grundsätzlich nur an ihrem jeweiligen Sitz begründet, steht im Einklang mit dem geltenden Recht, insbesondere mit den Anforderungen an eine gewerbliche Tätigkeit sowie dem Veranlassungsprinzip. Doch trotz vieler Gespräche ist es leider bisher zu keiner Lösung gekommen, obwohl die Einsicht bei einigen Politikern da ist. Frau Dr. Weiss hat uns auch immer wieder dabei unterstützt. Jetzt muss ganz einfach mal jemand versuchen, über die Finanzminister eine entsprechende Lösung zu finden. Diese Lösung liegt auf der Hand, aber ohne die Finanzminister kommen wir leider nicht weiter. Wir haben in entsprechenden Papieren - die ich Ihnen gern zur Verfügung stellen kann - ganz deutlich gemacht, was geändert werden muss, ohne dass dabei Steuereinbußen eintreten. Im Einzelnen kann ich Ihnen das jetzt hier nicht vortragen, aber im Prinzip geht es darum, die Sache einmal anzupacken, zusammen mit dem Finanzministerium anzupacken. Allerdings handelt es sich nicht um eine exklusive Geschichte des Bundesfinanzministeriums. Es geht um Bund und Länder. Die Länder sind genauso aufgefordert, mit zu tun. Wir haben in Bonn gesessen mit den Finanzministerien der Länder. Drei Länder waren nicht vertreten. Da haben die anderen gesagt, wir sind ja für eure Vorschläge, wir könnten das ja ändern, aber die drei, die nicht da sind, die wollen das nicht. Da schiebt einer die Verantwortung immer auf den anderen. Man muss das Problem noch einmal anpacken. Ich habe von einem Politiker, der nicht in der Regierung ist, gehört, dass man den Medienerlass mit einem Federstrich ändern kann. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wenn der Medienerlass nicht geändert wird, dann haben wir tatsächlich alle die Schwierigkeiten, die wir hier heute beschrieben haben.

**Abg. Hans-Joachim Otto (FDP):** Eine kurze persönliche Einschätzung möchte ich abgeben und danach eine Frage stellen. Mit meiner persönlichen Einschätzung wende ich mich an die Herren Junkersdorf, Moszkowicz und van der Laan. Es ist schon äußerst schwer für einen Kulturpolitiker, bei den Finanzpolitikern steuerliche Sonderregelungen für eine Branche durchzusetzen. Aber Lohnkostenzuschüsse in diesem politischen Umfeld sind ordnungspolitisch überhaupt nicht durchzusetzen. Deswegen muss ich Ihnen ganz offen sagen: Ich höre Ihre Botschaft, dass da mit German Spend am meisten zu erreichen ist, aber ich nähere mich diesem Modell nicht an, weil ich überhaupt keine Chance der Durchsetzung sehe und konzentriere mich auf das, was möglicherweise durchzusetzen ist. Deswegen richte ich meine Frage an Herrn Thies. Herr Thies, Sie sind ja der einzige vehemente Befürworter von Sale and lease back, also von einer Änderung des Bewertungswahlrechtes. Wie - das wäre eine Argumentationshilfe für uns - können wir denn den Finanzpolitikern und dem Bundesfinanzminister erklären, dass durch eine Änderung des Bewertungswahlrechtes in Deutschland wirklich zusätzliche Bruttowertschöpfung und zusätzliches Steueraufkommen erzielt werden können? Wie können wir Arbeitsplätze in Deutschland sichern?

Denn indem ich dem Produzenten diesen Zinsvorteil zukommen lasse, bedeutet das ja keineswegs zwangsläufig, dass er dann auch in Deutschland das Geld investiert. Er kann damit ja auch in die Studios in Hollywood oder in Ungarn oder sonst wohin gehen. Wie kriege ich diesen Link zustande? Wäre German Spend als Bedingung, 20 oder 35 Prozent in Deutschland auszugeben, überhaupt europarechtlich zulässig? Wäre German Spend im Verhältnis zwischen Deutschland und den USA zulässig? Wäre es zulässig zu sagen, du bekommst das Bewertungswahlrecht nur dann, wenn du in Deutschland in einem gewissen Umfang investierst? Wir brauchen hier dringend den Link zwischen einer Änderung des Steuerrechtes und der Gewährleistung, dass der Effekt wirklich in Deutschland ankommt.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich will versuchen, es kurz zu machen. Sale and lease back hat Charme, weil es an die Beschäftigung in Deutschland geknüpft werden kann. Das ist international so üblich, das würde ich hier genau so sehen. Der zweite Punkt ist, dass selbst angesichts der schon genannten Zinsschwierigkeiten ein Betrag von 10 bis 15 Prozent für ein Budget übrig bleibt. Das ist eine ganze Menge, weil es letztlich immer die letzten Prozente sind, die man bei einem Budget schwer zusammen bringen kann. Viel wichtiger ist aber, dass Sie über ein solches Modell eine Bilanzentlastung des Produzenten erreichen können, weil in Höhe dieses Betrages die Bilanzen des Film herstellenden Betriebes, ich sage hier, des Produzenten, letztlich erleichtert werden. Und damit wird die Finanzierung insgesamt leichter. Das heißt, Sie haben einen positiven Effekt für die Eigenkapitalsituation des Unternehmens.

Ich kann heute nicht auf alle Ihre Fragen so antworten, dass das Ergebnis auf einem Zettel zusammengefasst werden kann und die Argumentation so überzeugend ist, wie Sie es gerne hätten, Herr Otto. Deshalb möchte ich auf die aus meiner Sicht herausragende Arbeit führender Rechtsanwaltskanzleien in Zusammenarbeit mit der Initiative von film20 verweisen. Das lässt sich zusammenfassen auf einer Seite und sollte Ihnen dann für Ihre Zwecke dienen können. Das kann ich Ihnen gern noch einmal aus unternehmerischer Sicht erläutern oder zuspitzen. Das Modell verfolgt beide Ziele. Sie bekommen zum einen eine Entlastung für diejenigen, die mit deutschen Arbeitskräften hier am Markt arbeiten. National Spend ist eine Bindung, die international üblich ist. Die Kollegen monieren zu Recht, dass wir darauf in Deutschland bisher aus einem falsch verstandenen Liberalismus verzichten. Zweitens: Die Unternehmen, die in Deutschland arbeiten, täten sich leichter. Denn wir haben in Deutschland noch nicht die Masse in der Produktion - abgesehen von ganz wenigen Betrieben -, um überhaupt für Planungssicherheit bei Investoren sorgen zu können. Das ist ein Kernproblem. Das heißt, es wäre ein Anfang geschafft. Man könnte an einem kleinen Punkt zeigen, dass sich die Wertschöpfung, die im Lande bleibt, steigern lässt und gleichzeitig ein Chancenausgleich möglich ist, dass Wettbewerbsgleichheit im europäischen Rahmen herrscht. Das würde sich lohnen.

Sie fragen nach Sale and lease back unter europarechtlichem Aspekt. Meines Wissens gibt es kein besseres Instrument, das sich europäisch verteidigen ließe, denn das Modell existiert bereits in anderen europäischen Ländern. Es gibt dazu einen ausdrücklichen Hinweis der Konferenz von

Taomina. Dort wurde von der Europäischen Kommission empfohlen, ich darf zitieren: „As an instrument of public intervention and support for the audio-visual industries tax incentives bring many benefits. Those members that do not already have tax break systems are to be encouraged to consider adopting them.“ Dieses Zitat gibt wieder, worum es geht. Es wird sogar ausdrücklich empfohlen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Und ich sage mit Blick auf die Machbarkeit, wenn diese Argumente zählen: Steigerung der Wertschöpfung im Lande bei gleichzeitigem Ausgleich der Wettbewerbsnachteile, in Verbindung mit den Möglichkeiten, den Markt für Investoren zu öffnen, also auf der Einnahmenseite europaverträglich steuerlich etwas zu tun, wenn also so argumentiert wird, dann würde ich Sie in der Tat gern ermutigen.

Etwas ist mir aufgefallen. Wir reden über zwei Ebenen. Die Arbeitskräfte sind sehr wichtig für die Filmwirtschaft, das ist richtig. Aber der entscheidende Missstand ist, dass die Sichtweise nicht unternehmensbezogen ist. Wir entwickeln unsere Unternehmen nicht. Deshalb ist der steuerliche Ansatz so wichtig und muss vor dem Hintergrund der Eigenkapitalsituation immer wieder beachtet werden. Die Fragen, die die Beschäftigten betreffen, sind hier zu Recht umfassend erörtert worden. Vielleicht kann ich noch einen anderen Punkt anfügen. Herr Neumann, Sie sagten, die Branche lebt ganz offensichtlich immer noch. Lassen Sie sich von Telefilm Kanada einmal ein Monitoring geben, was nach dem Medienerlass passiert ist. Ich kann es Ihnen sagen. Eine viel versprechende Entwicklung ging runter auf Null. Wenn wir in Deutschland wenigstens eine ergebnisbezogene Betrachtung dieser Auswirkung hätten, dann würden Sie anders formulieren. Ein solches Monitoring gilt es in Zukunft einzurichten.

**Vorsitzende:** Jetzt ist wieder die CDU/CSU-Fraktion mit 15 Minuten an der Reihe. Herrn Nooke und Herrn von Stetten habe ich auf der Rednerliste. Herr Nooke, bitte.

**Abg. Günter Nooke (CDU/CSU):** Ich möchte eine Frage zur Arbeitsmarktreform Hartz IV ansprechen. Unabhängig davon, wie gut einem die Reform gefällt und ob man sie ordnungspolitisch gelungen findet, hat sich damit einiges für die Filmbranche verändert. Vielleicht können Sie das darstellen. Man hat früher im Grunde über die Arbeitslosenhilfe nach einem Jahr Beschäftigung ein halbes Jahr gut überbrücken können, wenn man dann wieder weiter beschäftigt war. Welche Auswirkungen hat das, was bisher passiert ist, auf die Filmbranche, und welche Chancen bieten denn die jetzt gesetzlich fixierten Hartz-IV-Reformen. Ähnlich wie Herr Otto halte ich Lohnkostenzuschüsse als neues Modell für schwierig. Was bietet denn Hartz IV für Chancen, wenn man die Reform in der Filmbranche innovativ nutzen würde, vielleicht auch an, sagen wir mal, „Subventionen“ für Arbeitskräfte? Das würde ich gern die Produzenten fragen. Und dann kann Frau Tornow vielleicht selbst ein paar Sätze zu Sale and lease back sagen. Dabei wird womöglich noch einmal prägnanter deutlich, ob es überhaupt eine Chance gibt, dieses Modell weiter zu verfolgen.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Herr Nooke, Hartz IV ist ein großes Problem, weil wir in der Filmbranche beispielsweise alle Filmtechniker unständig beschäftigen. 360 Beschäftigungstage innerhalb von zwei Jahren zusammen zu bekommen, ist fast unmöglich. Wir diskutieren gerade, mit

einem Arbeitszeitmodell das natürlich sehr kompliziert ist und das die Herstellungskosten zusätzlich verteuert, eine Lösung zu finden. Das heißt, wir gehen von einer bestimmten Wochenarbeitszeit aus, alles was darüber geht, wird angespart auf ein Arbeitszeitkonto und dieses Konto soll dann in Anspruch genommen werden, um arbeitsfreie Tage nach der Beschäftigung abzudecken. Das ist das einzige, was wir im Moment haben.

Sie sagen, dass das Lohnkostenzuschussmodell schwierig ist. Ich glaube, mit diesem Modell könnten wir, gerade vor dem Hintergrund von Hartz IV, sehr viel besser helfen als mit einem Sale-and-lease-back-System. Gerade weil wir auch kleinere Filme machen. Es ist ja nicht so, dass das ein Lohnkostenzuschuss wäre, der letztlich nichts bringt. Wenn wir damit sicherstellen können, dass wir viel mehr Filme machen, und wenn wir damit sicherstellen können, dass wir auch ausländische Produktionen nach Deutschland bekommen, dann muss man noch einmal darüber nachdenken. Man wird feststellen, dass sich mehr Beschäftigung, mehr Umsätze, mehr Steuern ergeben. Diese Effekte würden aus meiner Sicht längst die Mittel, die man an Lohnkostenzuschuss dazu gibt, kompensieren. Da bin ich ganz sicher.

Lassen Sie mich noch einmal auf Sale and lease back und auf das, was Herr Moszkowicz gesagt hat, zurückkommen. Wir haben das einmal durchgerechnet. Bei Sale and lease back bleiben bei mittleren Produktionen nicht mehr als fünf Prozent übrig. Und dafür müssen Sie 18 Jahre lang die KG weiterführen. Das ist auch eine Riesenarbeit.

**Martin Moszkowicz (Produzent):** Leider ist es so, dass Hartz IV für die Filmbranche überhaupt keine Vorteile bietet, im Gegenteil, es wird alles noch sehr viel schwieriger. Wir haben im Augenblick bei unseren Beschäftigten massivste Probleme, weil wir eine Unmenge von Mitarbeitern haben, die plötzlich durch den sozialen Rost fallen, weil sie diese 360 Tage nicht zusammenbringen. Herr Junkersdorf hat gerade das Arbeitszeitkontomodell angesprochen. Im Augenblick arbeiten im Film- und Fernsbereich eine Menge Menschen, die mehr als 38,5 oder 40 Stunden in der Woche arbeiten. Dafür arbeiten sie nicht konstant. Die Arbeitszeitkontenmodelle, die jetzt entwickelt worden sind, sollen diesem Umstand Rechnung tragen. Wenn ich einen Maskenbildner habe, der 50 Stunden in der Woche tätig ist, aber nur für 40 Stunden „Stempelzeit“ bekommt, ist das ungerecht gegenüber anderen Arbeitnehmern. Und das ist genau die Idee hinter dem Arbeitszeitkonto. Das kostet aber wiederum den Produzenten mehr Geld. Wir haben das vor ein paar Tagen in einer der Produzenten-Verbandssitzungen intensiv diskutiert. Wir reden hier über eine Lohnkostensteigerung für die Filmwirtschaft in Höhe von ca. drei Prozent, je nachdem wie man rechnet, zwischen 2,9 und 3,4 Prozent. Jetzt können Sie sagen, das ist ja bei einem Spielfilm nicht so viel. Aber wenn Sie Herrn van der Laan nehmen, der im Jahr Tausende von Stunden Fernsehen herstellt, ist das für ihn ein massiver Betrag, mit dem er jetzt plötzlich konfrontiert wird. Und ich bin nicht sicher, ob er das zu guter Letzt überhaupt machen kann. Die Spielfilmproduzenten können das eher verkraften. Ob wir 10.000 oder 15.000 € auf ein Filmbudget aufschlagen, ist nicht derart bedeutend. Aber auch das sind Mehrkosten, und damit verringert sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Filmwirtschaft im Umfeld weiter.

**Vorsitzende:** Eine Bemerkung dazu: Dann muss man aber auch ehrlich sagen, dass eine Subvention gezahlt werden soll und kann nicht die Sozialversicherungssysteme für den Ausgleich benutzen. Wenn die Sozialversicherungssysteme herangezogen werden, geht das nämlich auf Kosten der Verkäuferin oder der Krankenschwester. Direkte Subventionen sind dann ehrlicher. Herr Thies, bitte.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich kann mich dem Gesagten anschließen. Das Problem sind die unstetig Beschäftigten, die fallen durch den Rost. Wir versuchen alles Mögliche, damit unsere Mitarbeiter nicht durch diesen Rost fallen. Das ist aber nicht möglich. Im Ergebnis wird bei uns einfach weniger produziert bzw. wir überlegen uns genau, wie viel Nachwuchs wir brauchen. Diejenigen, die für uns essenziell wichtig sind, versuchen wir irgendwie durchzubringen. Das ist ein Riesenproblem und ein Beispiel für einen Effekt, der nicht gewollt ist. Die Lösung habe ich auch nicht, aber ich kann mich den Darstellungen meiner Kollegen nur anschließen. Es ist leider ganz vertrackt. Dabei gibt es bei uns nicht den Gegensatz Arbeitgeber/Arbeitnehmer. Das tut uns im Herzen weh, weil es traditionell so ist, dass unstetig beschäftigt wird.

**Vorsitzende:** So, jetzt hat Frau Tornow das Wort.

**Georgia Tornow (film20):** Sie haben eben mehrere Dinge gehört. Sie haben gehört, dass es eine Reihe von Problemen gibt und dass es bei diesen Problemen immer wieder Versuche einer Problembewältigung im Einzelnen gibt. Aber das, was hier an Filmfinanzierungsmodellen unter dem Stichwort Tax Incentives genannt worden ist - und wir reden die ganze Zeit von zwei Modellen, das müssen wir klar sehen - hat einen anderen Charakter. Das ist nicht Reparatur an irgendwelchen immer wieder auch für die Filmindustrie auftretenden Missständen, sondern das ist der Versuch, strategisch einen Schritt nach vorne zu tun, um für eine Branche mit sehr vielen Arbeitsplätzen, für eine Branche, die definitiv innovativ ist, etwas zu tun. Es geht, lassen Sie mich den Begriff auch im Kulturausschuss ruhig einmal benutzen, um so etwas wie Industriepolitik. Das sage ich vor dem Hintergrund, dass in allen Ländern, die wir als Filmnation kennen und die sich als Filmnation begreifen, tatsächlich so etwas wie Industriepolitik mit einer bestimmten Sicht der Entwicklung der heimischen Branche betrieben wird. Wenn ich sage, es geht um die heimische Branche, dann ist klar, dass ein sich gut entwickelndes Filmunternehmen gleichzeitig bedeutet, dass sich auch der heimische Film entwickelt.

Es darf nicht das Gefühl entstehen, die Filmwirtschaft ist wie immer krausköpfig und weiß nicht, was sie will. Das ist nicht richtig. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir vor zwei Jahren damit angefangen haben, Ihnen zwei valide Modelle vorzustellen. Vom Finanzministerium und vom BMWA ist uns daraufhin gesagt worden, es ist überhaupt nicht daran zu denken, ein Lohnkostenzuschussmodell einzuführen, lasst die Finger davon. Also haben wir uns sehr intensiv darauf konzentriert, das andere Modell zu entwickeln. Ich möchte daran erinnern, weil wir von Anfang an der Meinung waren, beide Modelle ließen sich sinnvoll für Deutschland adaptieren. Ich möchte betonen, dass ich es sehr gut fände, wenn wir eine Bresche dafür schlagen würden, dass private



Anleger verstärkt Anreize hätten, in die Filmwirtschaft zu investieren, und zwar auch in die deutsche Filmwirtschaft.

Man kann international nie jemanden ausschließen, machen wir uns das klar, wir sind eine internationale Branche. Wenn wir die Amerikaner von irgendwelchen Benefits ausschließen, dann gibt es Ärger. Wenn wir aber sagen, es muss einen German Spend geben, wenn ihr einen Steuervorteil mitnehmen wollt, dann tun wir genau das, was in den letzten Jahren selbst in den USA entwickelt worden ist, und das finde ich einfach ganz wichtig.

Darf ich einen letzten Satz sagen? Wir wollen für den Film und für die Filmunternehmen etwas tun. Es geht aber dann in der Tat nicht, dass wir vom BMF im Kreise geschickt werden und unter Umständen der Kreislauf jetzt noch einmal anfängt. Uns ist gesagt worden, direkte Subvention gehen nicht. Jetzt wird uns signalisiert, indirekte Subvention geht auch nicht. Wenn wir wollen, dass das, was an steuerbegünstigtem Geld in Deutschland eingesammelt wird, international verträglich und zumindest zum Teil in Deutschland ausgegeben wird und in die deutsche Branche fließt, dann müssen wir jetzt handeln und können uns keine Schiffschaukel-Situation mehr leisten. Das tut uns allen ganz sicher nicht gut. Danke schön.

**Vorsitzende:** Danke, Frau Tornow. Jetzt hat Herr von Stetten das Wort.

**Abg. Christian Freiherr von Stetten (CDU/CSU):** Heute Nachmittag hat der Finanzausschuss eine öffentliche Anhörung zum Einkommensteuerrecht veranstaltet. Es geht darum, Sondertatbestände abzuschaffen. Da haben natürlich auch die ausländischen Filmmedienfonds eine Rolle gespielt, die wir aus eigenem Erleben kennen, wenn der Steuerberater kurz vor Jahresende anruft und empfiehlt, in einem Land, in dem der Steuerpflichtige noch nie war, einen Film zu produzieren, dessen Drehbuch er nie gelesen hat und dessen Schauspieler er nicht kennt, nur um Steuern zu sparen und um Verluste zu produzieren.

Ich bin seit zweieinhalb Jahren Mitglied im Kulturausschuss und im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags. Damals, gleich am Anfang haben wir die Diskussion geführt, dass die Rahmenbedingungen nicht besonders gut sind. Aber jetzt haben wir in vielen Branchen die Situation, dass die Bedingungen nicht nur damals schlecht waren, sondern sich noch verschlechtert haben. Es geht nicht nur um die allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen, sondern dass man auch keine Planungssicherheit hat. Sie haben einige Punkte speziell angesprochen, die Sie besonders betreffen. Ich denke an das Thema Mindeststeuer, sprich die Verlustvortragbegrenzungen. Weil wir keine Zeit haben, möchte ich in 30 Sekunden eine Rechnung aufstellen und einfach die Experten bitten, die Rechnung zu korrigieren oder zu bestätigen. Also zum Beispiel: Herr Thies überzeugt einen Produzenten, mit ihm einen Film in Deutschland zu produzieren. Die Produktion dieses Films kostet 6 Mio. €, die in einem Jahr anfallen. Im nächsten Jahr kommt der Film ins Kino und spielt im ersten Jahr 4 Mio. € ein. Wenn wir von dieser Rechnung ausgehen, war es im Jahr 2002 so, dass Sie ihm die 4

Mio. €, die eingenommen wurden, komplett zurückgeben konnten, weil die Summe ja investiert war, und weil Sie vorher Verluste produziert haben. Die Einnahmen mussten dann nicht versteuert werden.

Heute haben Sie das Problem, wenn Sie denselben Film produzieren mit 6 Mio. € Produktionskosten und Sie bekommen 4 Mio. € im nächsten Jahr eingespielt, dass Sie dann dem ausländischen Investor die eingespielten 4 Mio. € nicht geben können. Das versteht der überhaupt nicht. Sie können ihm, wenn man die Freibeträge berücksichtigt, ungefähr 2,5 Mio. € überweisen, 1,5 Mio. € gehen an Herrn Eichel, unseren Finanzminister, wegen der Mindeststeuer und dem begrenzten Verlustvortrag. Sie bekommen das Geld in den nächsten Jahren zwar irgendwann wieder zurück, aber Sie müssen dem Investor erklären, dass er, obwohl noch nie Gewinn erwirtschaftet worden ist, Steuern zahlen muss. Und das wird bei einem Ausländer wahrscheinlich genauso schwer werden wie bei einem Einheimischen.

Wenn meine Darstellung richtig ist, geht es zumindest um eine Verschlechterung der Liquidität und das vor dem Hintergrund, dass es sich um mittelständische Betriebe handelt. Sie haben die Bankensituation angesprochen. Deshalb bitte ich Sie, falls es so ist, wie ich sage, dass Sie heute den Kulturausschuss ein bisschen vehementer auffordern, dies zu korrigieren. Die letzte Änderung ist erst ein Jahr her. Damals hat man einen Freibetrag von 1 Mio. € eingeführt, um die mittelständische Wirtschaft zu stützen. Trotzdem haben Sie vorhin gesagt, Sie können Ihre Filme nicht bilanzieren und dass in der mittelständischen Industriewirtschaft oder Filmwirtschaft besondere Probleme bestehen. Deshalb bitte ich Sie einfach, ganz kurz mit einem Satz zu sagen, ob dieses Problem noch besteht oder in letzter Zeit dank einer Sonderregelung nicht mehr auftritt. Danke schön.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Das Problem ist latent da. Ich habe es vorhin auch vorgerechnet. Bei Ihrem Beispiel entsteht ein Gewinn von 1,2 Mio. €, der versteuert werden muss - 600.000 € - trotzdem sind noch 2 Mio. € in der Unterdeckung.

**Martin Moszkowicz (Produzent):** Die Rechnung ist richtig. Das heißt, das Steuerrecht wirkt sich vor allen Dingen massiv auf die mittelständischen und kleineren Produktionsfirmen aus. Die großen Konzerne, auch die Constantin, kommen besser weg, weil sie mehr Filme produzieren. Wenn Sie im Jahr ein paar 100 Stunden Fernsehen machen, dann können Sie das eher kompensieren. Aber für eine kleine Produktionsgesellschaft, die ein oder zwei Filme im Jahr macht, ist es unter Umständen existenzbedrohend. Es gibt schon Beispiele dafür, wie Firmen dadurch an den Rand des Ruins getrieben worden sind.

**Vorsitzende:** Herr Thies darf jetzt nur noch Ja oder Nein sagen, die Zeit ist nämlich um.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich fordere vehement dazu auf, diese Steuerregelung zurückzunehmen.

**Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben alle an den Reaktionen hier gesehen, dass es keiner von uns für möglich hält, in einen neuen Subventionstatbestand einzusteigen. Das müssen Sie in Ihre Überlegung einfach einbeziehen, die Idee können Sie streichen, egal, welche Regierung amtiert. Angesichts dieser Tatsache muss man eine strategische Frage stellen. Ich frage jetzt Herrn Thies und bitte ihn, mir den Widerstand der anderen zu erklären. Im Kulturausschuss werden wir uns wahrscheinlich einig. Alle unsere Erfolge haben wir nur durch Einigkeit erzielt. Wir sind nicht die Stärksten, aber durch die Geschlossenheit haben wir gelegentlich Ziele erreicht. Es ist schwierig genug, dem Finanzministerium einen Tatbestand zu vermitteln. Aber wenn es in der Branche keine Einigkeit für ein Modell gibt, dann sind wir sofort auseinander zu dividieren. Und deswegen müssen Sie, Herr Thies, mir erklären, warum dieser nüchterne Tatbestand, dass man sich auf einen Vorschlag einigen müsste, in der Branche so wenig bekannt ist. Könnte man daran etwas ändern, wenn wir hier noch einmal versichern: Es wird keine Lohnkostenzuschüsse geben, das ist ausgeschlossen.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich versuche, eine kurze Antwort zu geben. Keine Branche spricht mit einer Stimme. Das ist das Erste. Der zweite Punkt ist, dass die Kollegen nach meiner Einschätzung heute über Filmfinanzierung reden und Ihnen die steuerinduzierten Möglichkeiten aufzeigen wollten. Und da haben Sie einen Erfahrungsschatz vor sich, den Sie in dieser Form selten zusammen bekommen, zumal es sich hier ja nicht um eine Verbandsveranstaltung handelt. Deswegen sind die Anregungen in einer einzigartigen Form vorgetragen und als Sammlung zu nehmen. Keiner der Kollegen, die hier sitzen, ist so naiv zu glauben, dass alles machbar ist. Alle Kollegen, die hier sitzen, wissen, dass wir mit Sale and lease back am weitesten sind. Wir wünschen uns, dass Sie die Argumente bekommen, um das Modell durchzusetzen. Eins müssen Sie dabei aber wissen: Es spielt eine große Rolle, dass über viele Jahre sehr viel versucht worden ist und aus unserer Sicht das Verständnis der Politik für unsere Belange oft unklar blieb. Man weiß gar nicht mehr, wem man noch glauben soll, warum man zu einem Termin überhaupt noch hingehen soll.

Es geht nicht um Gejammer. Wir jammern nicht, wir leben für den Idealismus. Darin besteht ein Unterschied zwischen unserer Branche und vielen anderen. Wir leben dafür, dass wir Filme machen dürfen und dafür gehen viele Leute ein Risiko ein, das in weiten Teilen der Wirtschaft nicht mehr bekannt ist, schon gar nicht bei angestellten Managern von großen Unternehmen. Idealismus ist bei uns ein großer Wert. Wenn wir aber sehen, dass sich die Rahmenbedingungen systematisch verschlechtern und es keinen volkswirtschaftlich tragfähigen Ansatz auf der Seite der Kultur gibt, steigert das nicht die Begeisterung. Deshalb freuen wir uns, wenn wir einen Ansatz erkennen, deswegen sind wir auch wieder hier. Die Bereiche Wirtschaft und Finanzen haben bisher gar nicht verstanden, dass immaterielle Vermögensgegenstände der Markt der Zukunft sind. Der Effekt ist: Der Zug kommt vorne nicht weiter, und die ganzen Wagen schieben sich von hinten in die Lokomotive. So sieht die Situation heute aus, und das erklärt auch die Reaktion meiner Kollegen. Wenn Sie uns zum Schwur auffordern, was Sie denn nun durchboxen sollen, dann wären wir alle mit einer Antwort da, wie ich sie vorhin für Herrn Neumann schon einmal formuliert habe. Setzen Sie bitte das durch, was

am weitesten gediehen ist und setzen Sie damit ein Zeichen. Sie ermutigen damit nicht nur die freie Unternehmerschaft.

Eins möchte ich hinzufügen: Unterschätzen Sie die strukturellen Veränderungen nicht. Wenn hier von Konzentration geredet wird, hat das viel damit zu tun, dass das Rundfunkgeschäft als Auftragsgeschäft heute das Geschäft ist, indem am meisten Geld zu verdienen ist. Das hat seine Tücken. Dort gibt es Zwänge, die zur Konzentration führen. Die verstärken wir durch die vielen Kleinigkeiten, die sich über die Jahre angesammelt haben. Bald werden Sie eine einheitliche Stimme hören, weil es die anderen nur noch als kleine Leibeigene geben wird, als Rucksackproduzenten. Und das sage ich nicht als einer, der jammert. Wir werden immer irgendwie durchkommen. Aber auch diese Entwicklung führt dazu, dass Sie heute so viel Verschiedenes hören.

**Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir spiegeln Ihnen das ja auch wider. Wir sehen ja alle, es gibt eine gewisse Empörung. Es gibt auch ein sentimentales Moment, sich für den Film zu engagieren. Unsere Bedingung wäre, dass man einen einheitlichen Vorschlag hat. Das ist eine ganz nüchterne Einschätzung.

**Alexander Thies (Produzent):** Was wir Ihnen heute alle sagen wollen, ist einfach, es gibt Möglichkeiten in unserem Bereich. Es gibt kaum eine Branche, die national und international diese Möglichkeiten hat. Wer soll denn national in Zukunft die Produktionen bezahlen? Die Förderer, die Sender? Die sparen doch alle. Das Geld, das investiert wird, will ja in den Film, aber will auch in Filme, die etwas mit unseren Kindern zu tun haben, will in Filme, die etwas mit unserer Kultur zu tun haben. Warum machen wir das nicht möglich?

**Vorsitzende:** Deswegen sitzen wir ja hier, das ist ja der Sinn und Zweck der Veranstaltung. Und ich bin froh, dass Mitglieder des Finanzausschusses hier sind, die das Ergebnis unseres Gesprächs weiter tragen können. Mindestens die Kommunikationsebene haben wir ja geschaffen.

**Abg. Hans-Joachim Otto (FDP):** Herr Thies, Sie haben mich heute sehr beeindruckt. Vielleicht gelingt es Ihnen, jetzt auch noch eine Frage zu beantworten, die mich seit Jahren umtreibt. Solange deutsche Anlegermilliarden an deutschen Produktionsstandorten vorbei nach Hollywood geflossen sind und wir uns Gedanken gemacht haben, wie wir einen stärkeren German Spend hinbekommen sollen, hat man uns Abgeordneten immer entgegengehalten, das gehe nicht, weil es ein deutsch-amerikanisches Handelsabkommen gebe, das jegliche steuerlichen Anreize und jegliche steuerliche Bindung zulasten des amerikanischen Films verbiete. Es ist kein Geheimnis, dass wir dem Sale-and-lease-back-Verfahren näher stehen als anderen Möglichkeiten. Wenn wir uns diesem Modell nähern, können Sie uns versichern, dass wir dann kein Problem bekommen mit dem deutsch-amerikanischen Handelsabkommen?

**Alexander Thies (Produzent):** Herr Otto, ich glaube, Sie überschätzen mich etwas. Ich bin kein Experte auf diesem Gebiet, aber ich halte diesen Einwand für einen Mythos. Im Übrigen, selbst wenn

es so wäre. Warum sollten wir die Situation dann nicht ändern? Es geht um einen der größten Wachstumsbereiche, einen Bereich, der in den Vereinigten Staaten den zweitgrößten Exportsektor bildet. Es wäre also geradezu töricht, sich mit der Situation abzufinden. Oft wird übersehen: Die Talente kommen aus Europa. Und auch die wirtschaftlichen Modelle kommen aus Europa. Sie wurden hier bei uns erfunden. Lassen Sie uns nicht darüber diskutieren warum, aber viele Modelle, die heute drüben funktionieren, kommen von uns. Warum sollten wir auf deren Anwendung verzichten?

Außerdem sollten wir selbstbewusst genug sein, unsere Kultur auch exportieren zu wollen. Die Amerikaner wollen es, wir wollen es nicht. Wir betrachten Stahl immer noch als wichtiger als Filme. Das wird deutlich, wenn Sie sich allein anschauen, wie schwierig es ist, den meisten Leuten zu erklären, was ein Projektgeschäft ist. Ich erlebe es immer wieder bei vielen Institutionen, die den Film fördern sollen. Investitionsbanken der Länder oder auch andere Stellen, denen man als kleineres Unternehmen einen Finanzplan auf den Tisch legt, reagieren mit völligem Unverständnis, wenn beispielsweise deutlich wird, dass ein Unternehmen im Januar und Februar keinen Umsatz macht. Die Betreffenden sagen dann, das gibt es doch gar nicht. Wenn Sie in diesem Fall erwidern, wir machen Projektgeschäfte, weiß Ihr Gesprächspartner gar nicht, wovon geredet wird.

Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der kaum bekannt ist. Die Amerikaner haben ihre Industrie systematisch mit Subventionen entwickelt. Es gibt dort seit den 70er Jahren die Financial Syndication Rules, die nachlesbar sind. Es wurde eine systematische Subventionierung der Distributoren der amerikanischen Filmwirtschaft betrieben. Ich meine, wenn wir von freiem Wettbewerb reden, bin ich der Erste, der dafür ist. Aber Sie bekommen mit den Amerikanern sicherlich schon deshalb keinen Ärger, weil die genau wissen, was sie selbst entwickelt haben. Außerdem sollten Sie an diesem Punkt ein bisschen hartleibiger werden. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, und viele Kollegen werden diese Erfahrung bestätigen: Das amerikanische Publikum ist für deutsche Produkte sehr aufgeschlossen - wenn diese Produkte für die internationalen Sehgewohnheiten gemacht werden. Das kostet Geld. Mit Programmen, die für deutsche Sendeanstalten gemacht werden, erreichen Sie im Ausland gar nichts. Deshalb ist jeder Pfennig verschwendet, den Sie für German TV und Abo-Fernsehen ausgeben.

Wenn es Ihnen wirklich um Verbesserungen geht, Herr Otto, dann versuchen Sie, diese eine Veränderung durchzusetzen und messen hinterher das Ergebnis. Danach können Sie weitere Vorschläge realisieren. Und zum Schluss haben wir hier eine richtig tolle Landschaft. Das, glaube ich, kann man wirklich versprechen.

**Vorsitzende:** Herr Otto, bitte. Herr Hanten könnte noch die Frage zum deutsch-amerikanischen Abkommen beantworten. Sind Sie daran interessiert?

**MDg. Hans Ernst Hanten (BKM):** Ich werde die Antwort in einem Satz geben. Aus unserer Sicht gibt es keine Probleme mit dem deutsch-amerikanischen Handelsabkommen, weil den amerikanischen Produzenten in Deutschland die gleichen Vorteile gewährt werden wie den deutschen Produzenten.

**Vorsitzende:** Das ist eine wichtige Information, die auch im Protokoll auftauchen sollte. Jetzt habe ich auf der Rednerliste der SPD Frau Krüger-Leißner, Herrn Barthel und Herrn Kubatschka.

**Abg. Krüger-Leißner (SPD):** Frau Dr. Vollmer hat schon darum gebeten, realistisch zu sein. Was ist machbar? Ich möchte meine Frage auf diesen Punkt bringen. Ich glaube, auch bei Herrn Junkersdorf und Herrn Moszkowicz wird angekommen sein, dass es keinen politischen Spielraum für Subventionen gibt. Es gibt keine Fraktion, die derzeit eine Chance sieht, zu einem Lohnkostenzuschussmodell zurückzukehren. Das wäre ein Stück alte Politik. Diesen Weg gehen wir in Deutschland nicht mehr. Wir werden dafür keine Mehrheiten finden, wir könnten uns nur verkämpfen und wir haben ein viel besseres Modell. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich dafür öffnen könnten, um zielgerichtet Geld in die Filmförderung zu bringen. Das Modell des Lohnkostenzuschusses klingt so einfach, so faszinierend. Jeder, der einen Film produziert, kann die Lohnkosten geltend machen und bekommt vom Finanzamt 30 Prozent, wie in Kanada, erstattet. Egal, um was für einen Film es geht, egal, ob der Film eine Chance auf dem Markt hat, ob er Zuschauer findet, ob er international absetzbar ist. Das scheint mir wirklich ein ganz alter Weg zu sein und Mittelverschwendung. Ich bin nicht nur Kulturpolitikerin, ich bin mit meinem zweiten Standbein auch Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitikerin. Mit den Haushaltspolitikern sind wir uns einig, dass es für eine neue Subvention überhaupt keinen Spielraum gibt. Davon sind wir alle überzeugt. Insofern lässt sich das Problem aus meiner Sicht auf die Alternative bringen: Entweder wir bleiben bei den herkömmlichen Medienfonds oder wir lösen sie ab mit Sale and lease back.

**Sytze van der Laan (Studio Hamburg):** Zum Thema Lohnkostenzuschuss: Ich habe aus meine Sicht als Studiobetreiber dargestellt, dass der Lohnkostenzuschuss ein sehr effektives Mittel wäre. Ich stelle mich aber gerne hinten an, lasse das fallen und schließe mich Alexander Thies an, der sagt: Jede Lösung ist besser als keine Lösung. Dann bin ich auch für das Sale-and-lease-back-Modell. Das stärkt die deutschen Produzenten und nicht die amerikanischen Produzenten. Unsere größten Probleme sind Eigenkapital und Rechtebesitz. Rechtebesitz bedeutet, dass ich meine Produkte langfristig verwerten kann. Das stärkt unsere Branche und daher würde ich dieses Modell unterstützen.

**Andreas Schmid (VIP Medienfonds):** Ich habe ein bisschen überlegt und bin für Medienfonds. Die Praxis hat uns durch die Produktion von sehr vielen Filmen gezeigt, was wichtig ist und was nicht wichtig ist. Ich möchte widersprechen, dass Rechtebesitz irrsinnig wichtig ist, denn wenn Rechtebesitz so wichtig wäre, würde ich heute nicht hier sitzen. Dann würden die Amis - um es salopp zu sagen - mit deutschen Medienfonds, wo sie die Rechte abgeben müssen, keinerlei Produktionen machen. Da geht es nur um Geld, Macht und Produktionen und um nichts anderes. Um es auf den Punkt zu bringen: Ich bin der Meinung, dass Politik Kuhhandel auf höchstem Niveau ist. Ich habe das vor einigen Jahren festgestellt, ich bin ja seit zwanzig Jahren in diesem steuerfreundlichen Markt in unterschiedlichsten Bereichen tätig. Es mag fiskalpolitisch schwierig sein, weil wir immaterielle Wirtschaftsgüter beim Film haben und haben werden. Aber warum kann man nicht sagen, es gibt eine Selbstverpflichtung der Branche in einer vernünftigen Größenordnung. Dafür bekommt die Branche

Planungssicherheit und rätselt nicht von einem Monat zum anderen, ob es neue Ideen gibt und ob diese real sind. Dann könnte man das Ganze mit ordentlichen Summen vernünftig anpacken. Wir haben einige Male Sale and lease back in England praktiziert. Der Film „Herr der Nibelungen“ wurde dort produziert, und wir warten seit einigen Monaten auf das Geld. Warum? Weil das Modell in England sehr stark zurückgefahren wurde und das Geld heute noch nicht zusammen ist. Wir werden das Geld bis zu einem bestimmten Zeitpunkt bekommen, aber der Zeitverzug ist in der Praxis durchaus ein Problem. Ich bin immer wieder dafür, sich die Praxis anzuschauen. Es wird viel zu viel theoretisiert im Leben, wir sollten mehr in die Praxis schauen.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich habe dem Gesagten nichts hinzuzufügen.

**Martin Moszkowicz (Produzent):** Im Verlauf des Nachmittags ist deutlich geworden, dass wir alle der Meinung sind, es muss etwas passieren. Sie haben uns eingangs gefragt, was wir für das beste Modell halten. Wenn man abwägt, dann ist meiner Meinung nach das beste Modell ein Lohnkostenzuschuss. Sie sagen, das ist nicht realisierbar. Das ändert aber nichts an meinem Urteil. Ich nehme es so zur Kenntnis, wie Sie es sagen. Es ändert aber nichts daran, dass das nicht durchsetzbare Modell das bessere und vernünftiger Modell wäre. Weil hier die Situation in Amerika angesprochen wurde: Amerikanische Politiker haben nicht den Ruf, besonders subventionsfreundlich zu sein. Sie können heute in vielen Bundesstaaten wie Louisiana, New Mexiko oder Iowa Lohnkostenzuschüsse bekommen. Das hat nichts mit einer Subventionsmentalität oder altmodischen Ansichten zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass es ein Geschäft ist. Die Leute sagen sich, wenn ich die Produktion Y, die normalerweise in Los Angeles gedreht würde, nach Louisiana hole und ich hole für meinen Bundesstaat 20 Mio. Dollar rein, davon werden Lohnsteuern bezahlt und Leute beschäftigt, dann gebe ich den Firmen etwas davon zurück. Das ist ein Geschäft, das hat nichts mit Subventionen zu tun. Das hört sich nur so an. Dieser Weg ist selbstfinanzierend, das kann man nachweisen. Natürlich sind wir der Meinung, und das steht an erster Stelle, dass etwas gemacht werden muss. Wenn man das eine nicht hinkriegt, dann wird man mit dem zweiten leben müssen.

**Vorsitzende:** Ich habe Frau Tornow so verstanden, dass sie zunächst auch an dem Zuschussmodell gearbeitet hat, aber schon von vornherein entmutigt worden ist und deswegen den zweiten Weg eingeschlagen hat. Jetzt ist zuerst Herr Junkersdorf an der Reihe, dann Herr Barthel.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Wir wollen ja bei Ihnen den Eindruck hinterlassen, dass wir lernfähig sind. Es ist in der Tat so, dass wir hier angetreten sind, um über verschiedene Modelle zu diskutieren. Wir haben natürlich ausführlich über Sale and lease back diskutiert, wir haben natürlich ausführlich über einen Lohnkostenzuschuss diskutiert und sind dann der Meinung gewesen, dass der Lohnkostenzuschuss der deutschen Filmwirtschaft helfen würde. Er würde mehr helfen als Sale and lease back. Aber: Alles ist besser als nichts. Wir haben ja sehr oft über Fragen wie den Medienerlass und andere Dinge diskutiert. Ich habe auch schon gehört, dass in der Politik inzwischen Sale and lease back nicht mehr opportun erscheint. Wir werden natürlich das Modell, das sich durchsetzt, akzeptieren. Es geht ja nicht darum, dass sich jemand persönlich durchsetzt. Wir würden aber gerne

noch einmal eine Rechnung aufstellen, damit Sie sehen, was effizienter ist. Ist es wirklich so, dass der Lohnkostenzuschuss dazu führt, dass Steuern verloren gehen, oder ist er dafür geeignet, mehr Beschäftigung zu erreichen und zusätzliche Steuern einzunehmen? Das ist die Frage. Wenn es am Ende doch zu Sale and lease back kommt: Herzlich willkommen, und wir werden Ihnen dankbar sein. Das wäre der erste Schritt nach einer langen Diskussion, die dann zu einem Ergebnis geführt hätte.

**Vorsitzende:** Wir müssten von dem Begriff Lohnkostenzuschuss wegkommen. Ich glaube, dass der englische Begriff viel steuerorientierter ist. Es geht um die Lohnsteuer, die man wieder zurückbekommt, also um eine Steuervergünstigung.

**Abg. Eckhardt Barthel (SPD):** Das schöne an der englischen Sprache ist ja, dass man mit ihr manches wegrücken kann. Herr Junkersdorf, auch wir wollen zeigen, dass wir etwas dazulernen können. Ich möchte bloß nicht mit beiden Beinen in den Wolken stehen. Sie sagen: Alles ist besser als das, was ist. So würde ich es nicht formulieren. Wir haben das Ziel, die Abflüsse von Kapital ins Ausland zu stoppen und das Geld in deutsche Produktion umzuleiten. Wir führen die Auseinandersetzung mit den Wirtschafts- und Finanzpolitikern, die uns fragen: Warum wollt ihr die Filmwirtschaft anders behandeln als andere Wirtschaftssparten? Wir antworten darauf, weil Film eben auch Kulturgut ist. Das ist unsere Position. Aber es ist nicht überraschend, dass unterschiedliche Antworten aus den Sparten kommen.

Herr Thies, ich möchte auf Ihre Antwort auf die Frage von Frau Vollmer zurückkommen. Es ist klar, dass es in jedem Verband unterschiedliche Meinungen gibt. Aber als Anhänger des Modells Sale and lease back interessieren mich konkrete Punkte. Gibt es dazu noch Klärungsbedarf im Verband und in der Branche? Solche konkreten Anforderungen möchte ich gerne noch einmal hören. Zwei Punkte sind hier heute schon genannt worden: Funktioniert das Modell auch für die Kleinen? Einer von Ihnen hat zugestimmt, ein anderer hat gesagt, es sei nur für die Großen praktikabel - weil die sich die Anwälte leisten können. Beim zweiten Problem geht es um die Vermeidung von Missbrauch. Das kam in einem der zehn Punkte von Herrn Moszkowicz vor. - Bei diesen zehn Punkten geht es übrigens nicht nur um die Reihenfolge, Herr Kollege Neumann, sondern teilweise auch um Zielkonflikte, wenn die Sozialversicherungssysteme auf der einen Seite stabil bleiben, gleichzeitig aber generell die Kosten gesenkt werden sollen. - Ich beschränke mich auf diese beiden Punkte, Herr Thies, weil ich immer wieder höre, dass das Einwände sind, die von kleineren und mittleren Firmen gegen das Modell angeführt werden. Dazu hätte ich gern eine Antwort.

**Alexander Thies (Produzent):** Ich will es versuchen. Es fällt mir schwer, etwas zum Missbrauch zu sagen. Ich weiß, dass in England Missbrauch betrieben wurde. Das Problem war, dass zu viel Ware finanziert wurde, die keine Vertriebsmöglichkeiten hatte, und dadurch waren die Gelder verloren.

**Sytze van der Laan (Studio Hamburg):** Das Problem in England war, dass versucht worden ist, die Regelung für den gleichen Film zweimal zu benutzen. Es ging dabei nicht um den Inhalt des Films.



**Alexander Thies (Produzent):** Danke. Ich bin kein Experte auf diesem Gebiet. Ich glaube, je schwieriger die Situation in der Branche ist, desto häufiger gibt es den Versuch, Missbrauch zu betreiben. Schauen Sie sich die heutige Förderpraxis an. Ich behaupte, mehr Missbrauch als wir heute haben, wird es künftig auch nicht geben.

Nun zu der Frage, ob Sale and lease back auch den Kleinen nützt. Ich folge über weite Strecken Herrn Moszkowicz, denn er hat natürlich Recht: Richtig rechnen wird sich das in erster Linie für große Volumina. Man muss aber unterscheiden zwischen dem Volumen des Unternehmens und dem Volumen der einzelnen Produktion. Wenn man für den internationalen Markt produziert, kommt man automatisch zu größeren Budgets, und da kann es sich auch für kleinere Firmen schon wieder rechnen. Insofern ist das nur ein scheinbarer Widerspruch. Ich gebe Ihnen auch Recht, dass das häufig geäußerte Gegenargument in dem größeren Aufwand für Berater liegt. Dies wird im Fondsbereich häufig kritisiert. Ich denke aber, dass im Sale-and-lease-back-Bereich die Standardisierungsmöglichkeit und der Druck des Marktes größer sein werden, noch größer als in den bisherigen Bereichen. Im Ergebnis wird es wieder zu einer Kostenreduktion kommen, die es für die Kleinen erschwinglicher macht.

Ein ganz wichtiger Punkt ist für mich, dass ein kleiner Produzent oft besonders dankbar für die letzten zehn Prozent ist. Das hat auch eine motivierende Wirkung. Entscheidend aber ist - und da lösen sich die Widersprüche vielleicht auf - wenn Sie das Modell einmal einführen, entwickelt es sich zur Lokomotive. Sie werden merken, dass die damit verbundenen Fragen Sie automatisch zu weiteren Fragen bringen. Was wir nicht haben, ist eine Beschäftigung mit der Filmwirtschaft. Wenn Sie Sale and lease back einführen, werden Sie damit Motivation und eine ganz andere Diskussionsebene erreichen. Sie werden erreichen, dass man weiß, es ist etwas gewollt. Das ist der gemeinsame Nenner. Es handelt sich nur um scheinbare Widersprüche. Ich glaube, die Kollegen würden dieser Darstellung so zustimmen.

**Georgia Tornow (film20):** Ich habe mir notiert, dass ich etwas zu den Widersprüchen sagen soll. Ich wiederhole noch einmal: Wir haben beide Modelle adaptionsfähig für Deutschland gemacht. Wir haben mit Sale and lease back natürlich nicht die Fehler und letzten Ladenhüter aus England übernommen, sondern an den entsprechenden Stellen nachgebessert. Selbst das BMF, mit dem wir ein Expertengespräch geführt haben, hat keinen Missbrauchsverdacht mehr vorgebracht. Ich finde es wichtig, dass man diese Fragen einmal abhakt. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt: Sie haben die Overhead-Kosten angesprochen. Wir haben im Moment bei uns besonders hohe Kosten bei den bestehenden Medienfonds, weil wir die rechtlichen Unsicherheiten haben, die der Medienerlass mit sich bringt. Sobald es eine rechtssichere Konstruktion gibt, gilt, was Herr Thies gesagt hat. Standardisierung führt zur Reduzierung der Kosten. Wir haben wie Sie das Interesse, nicht im Wesentlichen Overhead-Kosten, sondern Produktionskosten zu finanzieren. Das ist genau die Richtung, in die wir gehen müssen.

**Abg. Gabriele Frechen (SPD):** Als Finanzpolitikerin, die leidenschaftlich gerne ins Kino geht, habe ich mich sofort auf dieses Thema gestürzt, als es Ende letzten Jahres zu verteilen war. Die Europatauglichkeit ist ein Thema, bei dem ich verstehen kann, dass es im Kultur- und Medienbereich nicht so im Vordergrund steht, das ich aber ansprechen muss. Ich weiß, dass Ihre Anwälte sagen, dass Sale and lease back europatauglich ist und dass es dieses Modell auch in anderen Ländern gibt. Nur, es ist nie vom EuGH oder von der Kommission auf Europafestigkeit geprüft worden. Sie beziehen sich auf Aussagen von Rechtsanwälten und Sachverständigen. Auf der anderen Seite stehen Aussagen, dass eine Förderung nach dem Motto, das ist ein deutscher Film, der zu einem bestimmten Anteil in Deutschland produziert wird, EU-Recht widerspricht. Und davon, ein Gesetz zu machen, das nur über Nebenabreden funktioniert, halte ich gar nichts. Oder lassen wir uns auf eine freiwillige Selbstverpflichtung ein? Sie müssen Verständnis für uns haben. Damit haben wir als Politikerinnen und Politiker schon böse Erfahrungen gemacht, wenn auch nicht mit Ihnen persönlich. Ich kann Ihren Unmut verstehen, wenn Sie sagen, Sie laufen uns schon Jahre hinterher. Mit Versprechungen haben wir auf beiden Seiten schon schlechte Erfahrungen gemacht. Deshalb noch einmal meine Frage: Wie ist die EU-Tauglichkeit zu gewährleisten?

**Sytze van der Laan (Produzent):** Ich möchte ganz kurz auf die englische Regelung hinweisen. Sie betrifft alle Filme, die in England hergestellt werden. Damit ist sie aus unserer Sicht europatauglich und analog auch für Deutschland möglich. Die Engländer haben damit ja auch kein Problem bekommen.

**Vorsitzende:** Einen Kläger gibt es nur, wenn er meint, ungerecht behandelt zu werden. Wenn aber in Deutschland gleiche Produktionsmöglichkeiten für alle garantiert sind, wird die Chancengleichheit nicht verletzt. So verstehe ich das.

**Sytze van der Laan (Produzent):** Wir können Ihnen natürlich nicht garantieren, dass es keine Klagen gibt. Ich kann nur darauf verweisen, dass es in England funktioniert hat. Die Mitgliedstaaten haben nicht gegen England geklagt. Die Regelung gilt für alle Filme, und das Fördermodell wird auch so genutzt. Auch die Engländer haben einen British Spend eingebaut, der bislang nicht angefochten worden ist, sondern angewandt wird. Der Missbrauch, den wir vorhin angesprochen haben, entstand als der National Spend nicht aufgebracht werden konnte. Über eine U-Turn-Konstruktion sollte die Vergünstigung zweimal in Anspruch genommen werden. Man wollte damit 40 Prozent holen. Dies gelang zwar vorübergehend, das Loch wurde aber buchstäblich über Nacht gestopft.

**Eberhard Junkersdorf (Produzent):** Ich weiß von den Ungarn, die Tax Incentives im Lohnkostenbereich sowie ein weiteres Modell nutzen, dass sie eine Anfrage an Brüssel gerichtet haben. Sie haben die Genehmigung für ihr Modell bekommen. Damit ist die Frage der EU-Tauglichkeit eigentlich beantwortet. Auf die Frage, wie das ging, haben die Ungarn gesagt: Ganz einfach, wir haben nach Brüssel geschrieben und um eine Genehmigung gebeten und dann haben wir die Genehmigung bekommen.

**MDg Hans-Ernst Hanten (BKM):** Ich sehe mindestens bis 2007 keine Probleme. Bis 2007 hat die Kommission Filmförderungen in Normalfällen bis zu 50 Prozent National Spend erlaubt, bei kleinen und schwierigen Filmen bis zu 70 oder 80 Prozent. Unlängst sind alle Filmförderungen unserer Bundesländer notifiziert und für rechtens erachtet worden. Alle Mitgliedstaaten, die eine eigene Filmwirtschaft haben, sind sich einig, dass der National Spend erhalten bleiben muss. Man wird über die Prozentzahlen reden. Aber wir reden bei Sale and lease back über Prozentzahlen, die maximal bei 35 bis 40 liegen, also weit unter der Grenze, die von der Kommission für bedenklich erachtet wird.

**Vorsitzende:** Die Fragezeit ist erschöpft und ich glaube, dass wir keine langen Schlussworte brauchen. Alle Gesprächsteilnehmer sind sich einig, dass etwas passieren muss. Sie wären mit jeder Verbesserung zufrieden. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Finanzpolitikern, die sich hier aktiv eingebracht haben. Ich werte es als positives Zeichen, dass Sie mitdiskutierten. Ich bedanke mich bei allen für das sehr informative und klärende Gespräch und freue mich auf weitere Aktivitäten in diesem Bereich. Ich wünsche Ihnen ein weiteres gutes Jahr mit einem erneuten 23-Prozent-Anteil des deutschen Films in Deutschland. Ich habe die Zahlen mit großem Interesse und viel Freude zur Kenntnis genommen.

## **Tagesordnungspunkt 2**

### **Verschiedenes**

Keine Bemerkungen.

### **Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr**

Monika Griefahn, MdB

**Vorsitzende**